

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Krise der schwarz-gelben Koalition Koalitionsstreit und nationaler Konsens

Die Finanz- und Wirtschaftskrise schlägt sich in der Bundesrepublik nun auch als politische Krise nieder. Bereits nach einem guten halben Jahr präsentiert sich die vom so genannten Mittelstand und von den Unternehmerverbänden favorisierte bürgerliche Koalition als heillos zerstritten und in wesentlichen Fragen gelähmt oder handlungsunfähig. Bei den Beschlüssen zum »Rettungsschirm für Griechenland« und zum Euro blieb die Regierung Getriebene der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise. Sie versucht, als Sachwalter deutscher Kapitalinteressen aufzutreten, muss aber in der EU weiteren Integrationsschritten (Euro-Stabilisierungsfonds) zustimmen. Welche Belastungen auf zukünftige Haushalte durch die gegebenen Bürgschaften zukommen werden, das kann niemand voraussagen – und auch nicht, ob die Rettungsschirme die gewünschte Wirkung zeigen und nicht erneut nachgelegt werden muss. So bleibt völlig offen, welche weiteren finanziellen Löcher sich noch in den Haushalten und den sozialen Sicherungssystemen auftun werden.

Bei Enthaltung der SPD und gegen die Stimmen der Linkspartei hat das Parlament der Koalition im Eilverfahren einen Blankoscheck ausgestellt und damit eines seiner wichtigsten Rechte an die Regierung abgetreten. Angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise und der weiterhin bestehenden Unsicherheiten auf den Finanzmärkten bedarf es aber einer handlungsfähigen Regierung, die sich möglichst auf eine breite parlamentarische Mehrheit bei den auch in Zukunft notwendigen Vollmachten und bei unpopulären Sparmaßnahmen stützen kann. Unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen SPD und Grüne bereit sind, der Regierungspolitik mit ihren Stimmen diese parlamentarische Mehrheit zu sichern, bestimmt die innenpolitische Debatte und die aufkommenden Spekulationen über die Ablösung der bürgerlichen durch eine große Koalition. In NRW drängt die CDU auf eine solche Lösung. Die SPD versucht mit ihrer Taktik im größten Bundesland – neueste Variante eine rot-grüne Minderheitsregierung – das bürgerliche Lager auf parlamentarischer Ebene weiter zu schwächen. So hofft sie die eigene Verhandlungsposition gegenüber der CDU im Land als auch im Bund ausbauen und stärken zu können.

Vertrauensverlust und Umfragetief der Regierungsparteien

Die schwarz-gelbe Koalition trat an mit dem Ziel, eine Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einzuleiten. Nach den Konjunkturspritzen der großen Koalition (Abwrackprämie, Ausweitung der Kurzarbeit etc.), soll jetzt die Konsolidierung des Haushalts und der Sozialsysteme durch die entsprechenden Einsparungen in Angriff genommen wer-



den. Doch über alle damit zusammenhängenden Fragen ist ein heftiger Streit zwischen und in den Koalitionsparteien ausgebrochen. Er konnte auch durch die Sparbeschlüsse des Kabinetts (s. auch S. 3) nicht beigelegt werden, sondern hat sich noch verschärft. Den Hintergrund bildet das rapide gesunkene Ansehen der Regierungsparteien. Die FDP ist nach Meinungsumfragen auf 5 Prozent abgestürzt. Die Versprechungen von Steuererleichterungen, mit denen sie die »radikalen Kleinbürger« an die Wahlurne lockte, konnte sie nicht einlösen. Die Mischung von marktliberaler Ideologie und Begünstigung des eigenen Anhangs, wie sie bei den Steuergeschenken für Hoteliers zum Ausdruck kam, führte im Gegenteil zu einem beschleunigten Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Regierung.

Nur noch ein Fünftel der Deutschen ist mit dem schwarz-gelben Krisenmanagement zufrieden. Sogar nur 13 Prozent erwarteten ein ausgewogenes Ergebnis der Haushaltsklausur laut ZDF-Politbarometer. Die Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP hat den Rückhalt in der Bevölkerung verloren, berichtet der Meinungsforscher Richard Hilmer, Chef von Infratest-Dimap: »Die Zufriedenheit mit der Bundesregierung ist auf einem Tiefstand, und das nach sehr, sehr kurzer Zeit.« 83 Prozent der Bürger rechnen nicht mit einem sozial ausgewogenen Sparkurs der Bundesregierung. Die Mehrheit will nicht einseitig die Zeche der Banken und anderer Euro-Staaten zahlen.

Die CDU fürchtet, in den Abwärtsstrudel der FDP gerissen zu werden, und um ihren Charakter als »Noch-Volkspartei«. Die Kritik aus Unionskreisen an den Sparbeschlüssen der eigenen Regierung hat daher zugenommen. Da

fordert etwa der Vorsitzende des Wirtschaftsrats der CDU, Karl Lauk, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer. Für ihn sei sogar eine Ausweitung der Reichensteuer denkbar (FR 09.06.2020). Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Altmaier, pflichtet ihm bei. Bundestagspräsident Norbert Lammert hält die Kürzungsliste für sozial unausgewogen, Peter Müller, saarländischer Ministerpräsident findet, dass die starken Schultern mehr tragen müssten.

Das Unternehmerlager setzt auf die Einbindung von SPD und Gewerkschaften

»Was in diesen Stimmen zum Ausdruck kommt, ist die berechtigte Sorge, dass das Sparpaket zwar ... der Verminderung des Haushaltsdefizits dient, aber nicht der Sicherung des sozialen Friedens, der gleichfalls ein hohes Gut ist«, kommentiert die »Frankfurter Allgemeine« am 10. Juni. Die bestimmenden Kräfte in der herrschenden Klasse, vor allem die Vertreter der deutschen Exportindustrie, setzen weiterhin auf die Einbindung von SPD und Gewerkschaften. Damit sind sie seit Ausbruch der Finanzkrise gut gefahren. Vor allem die Industriegewerkschaften Metall und Chemie hatten die Stützungsmaßnahmen für die Banken und die Konjunkturbeschlüsse der großen Koalition mitgetragen. Sie sicherten der Bundeskanzlerin die weitere Unterstützung zu, wenn auch die neue Regierung auf gewerkschaftliche Belange und Interessen Rücksicht nehme. Dazu gehörten unter anderem der Verzicht auf eine Lockerung des Kündigungsschutzes und weitere staatliche Zuschüsse für die von der IGM ausgehandelte tarifliche Regelung zur Kurzarbeit. Die Gewerkschaften honorierten dies in den Tarifrunden 2010, die sie konfliktlos, ohne die üblichen Rituale, abwickelten. Auf betrieblicher Ebene haben sie mit zahlreichen »Bündnissen für Wettbewerbsfähigkeit und Standort-sicherung« den Interessen der Exportwirtschaft Rechnung getragen. Anders als in manchen Nachbarländern hat die Krise bisher, auch Dank der ordnungspolitischen Rolle der Gewerkschaften, nicht zu größeren Demonstrationen, Arbeitskämpfen oder sozialen Protesten geführt.

Das Selbsterhaltungsbestreben der FDP darf die bundesdeutsche Variante der Sozialpartnerschaft und den sozialen Frieden nicht in Frage stellen. Mit ihren entscheidenden Anliegen, wie beispielsweise den Steuersenkungsplänen oder den Umbau der Krankenversicherung, konnte sie sich deshalb im Kabinett nicht durchsetzen. Noch vor einem halben Jahr wurde der liberale Wahlerfolg von zahlreichen bürgerlichen Kommentatoren begrüßt. In einer gestärkten FDP erblickten sie ein Gegengewicht zur fortschreitenden »Sozialdemokratisierung der Union« durch die von Merkel betriebene Regierungspolitik. Rasch emporgestiegen und hoch gelobt folgte der Absturz bereits kurz nach dem Regierungswechsel. Die FDP und ihr Vorsitzender Westerwelle wurden für das schlechte Klima in der Koalition und deren ramponiertes Image verantwortlich gemacht.

Nach dem rapiden Vertrauensverlust der Regierung in der Bevölkerung rücken auch die bestimmenden Kräfte in der Wirtschaft und ihre publizistischen Vertreter von der Koalition ab. »Noch schlechter fallen die Umfragewerte in den Führungsspitzen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung aus. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Wirtschaftsmagazins »Capital«. Zeigten sich kurz nach dem Start der Koalition im vergangenen Herbst immerhin bereits 63 Prozent der Top-Entscheider enttäuscht von der Regierung, sind es nun sage und schreibe 92 Prozent.« (Spiegel-Online, 16.6.2010) Der Handelsblatt-Meinungschef Thomas Hanke wirft am 16. Juni ein Schlaglicht auf die momentane parlamentarische Konstellation: »Die Regierung ist am Ende,

doch zum Abtreten fehlt ihr die Kraft – und die Herausforderung in Form einer Opposition, die regieren will. Neuwahlen fürchten die Parteien besonders. Vor allem die FDP braucht jetzt Zeit in der Regierung, um sich wieder zu fangen. Denn der alte neoliberale Cocktail ist ungenießbar geworden.«

Die staatstragende Oppositionsrolle der SPD

SPD und Grüne haben kein Interesse daran, dass sich die zunehmende soziale Polarisierung und die Unzufriedenheit mit der Regierung in einer parlamentarischen Blockbildung niederschlägt: schwarz-gelb gegen rot-rot-grün. Vor allem der SPD-Vorstand fürchtet, dass ein solches Modell Erwartungen unter den Beschäftigten und Erwerbslosen weckt, die im Gegensatz zur »Krisenlösung« durch die herrschende Klasse stehen. Die Entscheidungsträger in SPD und Gewerkschaften sollen nicht unter den Druck falscher Erwartungen geraten. Dies ist, neben ihrer antikommunistischen Borniertheit, einer der Gründe, weshalb SPD und Grüne eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei in NRW ablehnen; für den Bund schließen sie eine solche Lösung sowieso kategorisch aus.

Zugleich hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier die grundsätzliche Bereitschaft seiner Partei zur Zusammenarbeit mit der Bundesregierung betont: »Es ist Zeit sich von ideologischen Bekenntnissen zu verabschie-

INHALT · Heft Nr. 3 / 5. Juli 2010 · Jg. 51

Krise der schwarzgelben Koalition	1
Die Erwerbslosen sollen die Zeche zahlen	4
Griechenland und die Rettung des Euro	6
Finanz- und Wirtschaftskrise: Wer zahlt für wen und was?	10
Kommunale Strukturpolitik am Beispiel Hanau	14
Stuttgart: Konflikte um die Strategie der Sozial-Proteste	17
Finnland: Arbeitskämpfe in der Lebensmittelindustrie	18
IG Metall Berlin: Ausschlüsse und Rügen gegen Gewerkschafter.	19
Italien: Zur Krise der italienischen Linken	20
Ungarn: Nach den Parlamentswahlen	24

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des
 Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
 Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46
- **Braunschweig:** »Guten Morgen Buchladen«, Bülpfenweg 87 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Grindelallee / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahnenfelder Straße: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße
- **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Leipzig:** »Liebknecht-Haus«, Braustraße 15 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Schillerstraße 22 – 24 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

den. *Es ist Zeit, die Lage ernst zu nehmen. Sie war in den vergangenen 60 Jahren noch nie so ernst. Wenn sich diese Regierung nicht endlich zu einem Krisenmanagement entschließt, das diesen Namen verdient, geraten uns die Dinge aus der Hand. (...) Aber wir zeigen auch Verantwortung in der Opposition, wie sich das für eine Partei gehört, die lange regiert hat.*» (FAZ 12. 05.2010) Der SPD-Vorsitzende Gabriel wurde am 15.06.10 im Handelsblatt noch deutlicher: *»Auch ohne große Koalition könnte man in zentralen Fragen unseres Landes einen Pakt der Vernunft schließen.«* Gefragt, wie die SPD den Haushalt sanieren wolle, nennt Gabriel den Abbau von Subventionen und die Anhebung des Spitzensteuersatzes.

Die SPD bleibt ihrer historischen Rolle als auch der Linie sozialdemokratischer Politik unter Bundeskanzler Schröder treu. Sie lautet: Wir wollen den unter kapitalistischen Verhältnissen notwendigen Umbau (sprich Rück- oder Abbau) der Sozialsysteme nicht allein dem konservativ-liberalen Lager überlassen, sondern ihn möglichst selbst gestalten, zumindest aber mitbestimmen. Dies sei nicht möglich, wenn die SPD sich in die Fundamentalopposition gebe. Sie müsse vielmehr die Regierungspolitik konstruktiv begleiten, um sich nicht die Möglichkeit der Mitgestaltung zu verbauen.

Die Linkspartei als Juniorpartner von Rot-Grün?

Das Agieren der Linkspartei nach der NRW-Wahl zeigt ihr mehrheitliches Verständnis als hauptsächlich parlamentarisch ausgerichtete Kraft. Nicht ihre eigenen Vorschläge und politische Mindestbedingungen für eine Koalitionsbeteiligung stellte sie in den Vordergrund, sondern ihr Bestreben als Juniorpartner in einer rot-grünen Koalition Platz nehmen zu dürfen. Sie seien jederzeit ansprechbar zur Ablösung von Schwarz-Gelb oder zur Verhinderung einer großen Koalition, so lautete das Angebot aus der Führungsspitze der NRW-Linken. Sollte es tatsächlich zu einer rot-grünen Minderheitsregierung kommen, dann darf und wird die Linkspartei ihre »demokratische Verlässlichkeit« in der Opposition unter Beweis stellen.

Der noch von Lafontaine mitgeschriebene und für eine sozialdemokratische Feder relativ »radikale« Programm-entwurf soll dem Bedürfnis der Basis und des linken Parteiflügels Rechnung tragen. Die Realpolitik, auch in den westlichen Bundesländern, orientiert sich dagegen an den parlamentarischen Kräfteverhältnissen und Möglichkeiten. Insofern sind die Meinungsverschiedenheiten zu den ostdeutschen Mandatsträgern keine grundsätzlichen. Die wollen ein Programm, das nicht in Widerspruch steht zu ihrem Handeln in der Regierungsverantwortung. Ehemalige Funktionäre der SPD und der Gewerkschaften im Westen können besser mit dem Widerspruch zwischen Worten und Taten, zwischen Wahlversprechen und notwendigen Beschlüssen beim Mitverwalten, zwischen Programmen und parlamentarischer Schacherei umgehen.

Gewerkschaften als Ordnungsfaktor

Den Mitgestaltungsvorstellungen der SPD folgen auch die Gewerkschaftsspitzen, sowohl gegenüber dem Tarifgegner als auch gegenüber der Regierung. *»Der gesellschaftliche Kampf hat seit gestern begonnen«*, so lässt sich der DGB-Vorsitzende nach den Sparbeschlüssen in den Medien gern zitieren. Die Gewerkschaften kommen nicht umhin, der zunehmenden Kritik und Empörung Ausdruck zu verleihen. Doch was sind die verbalen Ankündigungen wert, werden ihnen auch Taten folgen? Der im Mai stattgefundene DGB-Kongress gibt auf diese Frage eine Antwort. *»Ich werde deutlich machen (auf dem DGB-Kongress, d. Verf.), dass die gute Antikrisenpolitik fortgesetzt werden muss.*

Gleichzeitig müssen wir den Industriestandort Deutschland so stabilisieren, dass er seine besondere Bedeutung behält. (...) Gewerkschaften sollten sich um die Arbeit und deren Gestaltung kümmern. Das Streikrecht ist ein ökonomisches Recht zur Regelung von Arbeit. Wir sind keine unpolitischen Organisationen, aber politische Streiks sind nicht die Sache des DGB.» (Michael Sommer, FAZ 12.05.2010)

Auf dem DGB-Kongress gab es einen zaghaften Versuch, die Erstarrung aufzubrechen und über die Kampfmittel der Gewerkschaften neu zu diskutieren, besonders das Mittel des politischen Streiks. Die Delegierten, die die zwei Anträge zum politischen Streik eingebracht haben, spüren wohl, dass in der Krise der bloß gewerkschaftliche Kampf gegen die gewachsene ökonomische Macht der Unternehmer zunehmend erfolgloser wird und durch den politischen Angriff auf die Unternehmer und die Regierung verstärkt und ergänzt werden muss. Doch diese zaghafte Unternehmung starb schon in der Antragskommission: *»Aber Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir dazu wirklich eine Beschlusslage? – Es ist doch so, dass wir in der Vergangenheit von unserem Streikrecht wirkungsvoll Gebrauch gemacht haben, auch wenn es um Forderungen gegenüber der Politik ging... Und hinzu kommt – ihr wisst das –, wie sensibel die Vokabel »Politischer Streik« ist. Es ist zu fragen, ob angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse eine solche Forderung rechtspolitisch klug wäre...«* Nach dieser Abfuhr erhob sich keine Delegierten-Stimme mehr zur Verteidigung des politischen Streiks und der Antrag, in dem dieses Anliegen aufging (*»DGB und Gewerkschaften wenden sich gegen alle Einschränkungen des gewerkschaftlichen Streikrechts...«*) fand einvernehmlich die Billigung der Delegierten, ohne Gegenstimme, ohne Enthaltung.

Wie aber wollen die Gewerkschaften *»den gesellschaftlichen Kampf«* gegen Regierungs- und Parlamentbeschlüsse führen, wenn sie von vorneherein den Einsatz des wichtigsten gewerkschaftlichen Kampfmittels für politische Ziele ausschließen? Der verbalen Aufrüstung werden kein gesellschaftlicher Kampf, sondern höchstens symbolische Aktionen zum Dampfablassen folgen – es sei denn, die Beschäftigten treiben durch ihr eigenständiges Handeln, durch den Druck von unten die gewerkschaftlichen Führungsetagen vor sich her. Dem wollen die Vorstände natürlich vorbeugen.

Um noch einmal jeden Zweifel an der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern in der Krise zu ersticken, präsentierten Michael Sommer und Dieter Hundt eine gemeinsame Initiative, die Tarifeinheit gesetzlich zu regeln. Das Koalitions- und Streikrecht für Sparten-gewerkschaften bzw. sich neu gründende Gewerkschaften, die in der Regel nur die Unzufriedenheit der Mitglieder mit ihrer DGB-Gewerkschaft reflektieren, soll durch die gesetzliche Neuregelung des Tarifvertragsgesetzes eingeschränkt bzw. abgeschafft werden. Bei konkurrierenden Tarifverträgen in einem Betrieb soll nur der Tarifvertrag der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern Anwendung finden. Für die Dauer dieses vorrangigen Tarifvertrages bestünde für alle anderen Gewerkschaften Friedenspflicht. Hiermit suchen die DGB-Gewerkschaften ihr Organisationsmonopol, das sie in der Regel noch besitzen, zu zementieren. Michel Sommer begleitete diese Initiative mit den Worten: *»Wir leben in schwierigen Zeiten. Wir stecken mitten in einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise – alle Hoffnungen, die Krise sei vorüber, haben sich inzwischen zerschlagen. Zur Wirtschaftskrise kommen noch politische Probleme und Unwägbarkeiten, die jeder kennt und die in den vergangenen Tagen und Wochen ja ausführlich beschrieben und kommentiert wurden. Was die Bürgerinnen und Bürger jetzt brauchen, sind Signale, dass nicht alles aus den Fugen*

gerät. Sie suchen Stabilitätsanker, die ihnen Sicherheit bieten. Sie wünschen sich, dass zum Wohle des Landes zusammengearbeitet wird, auch von jenen, die unterschiedliche Interessen vertreten und deshalb oft miteinander kontrovers verhandeln.« (Pressekonferenz vom 04.06.10) Mit anderen Worten: Der DGB-Vorsitzende sichert den Unternehmern ausdrücklich zu, dass nicht alles aus den Fugen gerät, dass die Schwäche der Regierung nicht für einen politischen Vorstoß der Arbeiterschaft genutzt wird.

Stimmung und Ausblick

Die Wahlen in NRW sind ein Stimmungsbarometer, mehr nicht: Die Wahlbeteiligung lag unter 60 Prozent, Schwarz-Gelb wurde abgewählt, beide Volksparteien haben verloren, die Linkspartei ist erstmals im Parlament von NRW vertreten. Auf parlamentarischer Ebene haben sich die Kräfte zunächst nach links verschoben. Es gibt aber keine Garantie, dass dies so bleibt oder sich sogar noch verstärken wird.

Eine durchgreifende Haushaltssanierung wird eine administrative und autoritäre Durchsetzung der Sparmaßnahmen erfordern. Ganz gleich, ob die schwarz-gelbe Koalition sich noch halten kann oder durch eine neue Konstellation abgelöst wird, die Regierung kann und wird sich bei weiteren Beschlüssen zur Haushaltssanierung auf eine breite parlamentarische Zustimmung stützen können. Die

parteienübergreifende Koalition mit Ausnahme der Linken besteht bei Grundsatzentscheidungen ja schon seit Jahrzehnten.

In welche Richtung sich die politischen Kräfteverhältnisse verschieben, darüber wird nicht in erster Linie auf parlamentarischer Ebene entschieden. Entscheidend ist das Kräfteverhältnis der Klassen zueinander. Die vorhandene Passivität unter den Lohnabhängigen stärkt die Position der Kapitaleseite. Sollten die vom Sparpaket oder zukünftigen Kürzungsprogrammen Betroffenen die Passivität überwinden können und eine Phase verstärkter Arbeitskämpfe und sozialer Auseinandersetzungen einleiten, dann bestünde die Möglichkeit, dass die klassenbewussten, aber schwachen und zersplitterten Kräfte in den Gewerkschaften, in der Linkspartei und in den sozialistischen/kommunistischen Zirkeln Zulauf erhielten. Die Gewerkschaftsvorstände werden, wie bereits erläutert, alles daran setzen, um dies zu verhindern. Sie nehmen dabei in Kauf, dass die Passivität in und die Abwanderung aus den Gewerkschaften zunehmen wird. Zugleich wird die soziale Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse, zwischen Stammbelagschaften, prekär Beschäftigten und Erwerbslosen zunehmen. Das Fundament, auf dem die gewerkschaftliche Tarifpolitik in der BRD stattfand, zersetzt sich weiter. ■

■ Viele offene Posten im Sparpaket, nur einer wurde festgeklopft

Die Erwerbslosen sollen die Zeche zahlen

Das Sparpaket mit einem Volumen von 11,2 Milliarden im Jahre 2011 und von insgesamt über 80 Milliarden in den Folgejahren bis 2014 beinhaltet eine »Beteiligung der Wirtschaft als auch eine Beteiligung der Sozialgesetze«, so stellte die Kanzlerin den »fairen Ausgleich« zwischen Sozialkürzungen und Belastungen der Wirtschaft dar. Außenminister Westerwelle ergänzte: »Das ist ein Programm, das die Wirtschaft genauso in die Verantwortung nimmt wie den Sozialstaat.«

Schaut man sich die Kabinettsbeschlüsse genauer an, so fällt sofort ins Auge: Die »Beteiligung der Wirtschaft« verbleibt auf der Ebene von Absichtserklärungen oder von eher symbolischen Beiträgen. Im Bestreben, den Standortfaktor »sozialer Frieden« zu erhalten, ist die Bundesregierung den Gewerkschaften entgegengekommen und hat die in Normalarbeitsverhältnissen Beschäftigten bis auf die Kürzung des Elterngeldes kaum belastet. »Wenn sie (die Regierung) an die Steuerfreiheit (der Schichtzuschläge) herangeht, überschreitet sie eine rote Linie. Dann gibt es richtig Krach – ohne dass wir dafür groß mobilisieren müssten. Das Thema mobilisiert die Leute von allein.« (Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE, Frankfurter Rundschau, 04.06.2010)

Die Hauptlasten der Einsparmaßnahmen werden auf die Erwerbslosen, auf die Hartz-IV-Empfänger abgewälzt. Sie verfügen über keine starke Interessenvertretung oder Lobby. So soll es den Vorständen erleichtert werden, die Gewerkschaften aus möglichen Protesten und Aktionen herauszuhalten. Deren Führungen verstehen sich als Tarifpartner, und als solche können sie das Gesamtinteresse der Lohnabhängigen nicht vertreten. Was über die Regelung tariflicher Fragen hinausgeht, das überlassen sie de facto dem partei-

politischen Gerangel und den Entscheidungen von Regierungen und Parlamenten. Die »Beteiligung der Wirtschaft« ist eher eine Luftbuchung:

- Da sollen also künftig die Energiekonzerne jährlich 2,3 Milliarden Euro als »Brennelementesteuer« bezahlen. Damit dürften kaum die Sanierungskosten für die Endlager Asse und Morsleben hereinkommen, von den Kosten für den Rückbau alter Atomkraftwerke erst gar nicht zu reden. Darüber hinaus wird diese »Sparmaßnahme« an eine Verlängerung der Laufzeit der AKW verkoppelt. Ein abgeschriebenes Kernkraftwerk bringt für die Energieoligopolisten etwa 1 Million Euro Gewinn – am Tag. Bei einer Laufzeitverlängerung um 10 Jahren bedeutet das einen Gewinn von 19 Milliarden und bei 25 Jahren 70 Milliarden Euro. Die »Einsparung« wird also von Subventionen aufgeessen und mit Extragewinnen für Eon, EnBW und RWE erkaufte. Im schlimmsten Fall, werden die Oligopolisten die »Belastungen« bei den kleinen Verbrauchern schon wieder hereinholen.
- Die Regelung, dass energieintensive Betriebe von der Ökosteuer verschont bleiben (Steuerbegünstigung 8 bis 9 Milliarden), wird wieder enger gefasst. In der Vergangenheit waren weitere Bereiche unverdient in den Genuss dieser Regelung gelangt, Das soll korrigiert werden, (Einsparung für den Haushalt 1 bis 1,5 Mrd. Euro).
- Die vage Angabe über die Besteuerung der Banken in Höhe von 2 Milliarden Euro jährlich ab 2010 (!) – noch immer bleibt unklar ob als Bankenabgabe und/oder als Finanzmarkttransaktionssteuer – ist ein leeres Versprechen, denn sie soll nur eingeführt werden, wenn die »Bemühungen« der Bundesregierung erfolgreich sind,



»Wieso ungerecht? Den Fernseher lassen wir ihm doch...!«

auf internationaler Ebene oder zumindest europaweit eine Verständigung zu erzielen. Aber selbst wenn dieser unwahrscheinliche Fall einträte, wäre das nur ein lächerlich kleiner Beitrag der Banken an der Finanzierung der Bankenkrise. Aber bei diesem Posten handelt es sich eher um eine Irreführung der Öffentlichkeit, denn zu einer solchen Verständigung auf übernationaler Ebene wird es nie kommen. Und selbst wenn: Eine Finanztransaktionssteuer, die nur 2 Milliarden brächte, hätte diesen Namen nicht mehr verdient.

- Die Einführung einer »Luftverkehrsabgabe« für Passagiere die von einem deutschen Flughafen starten, die jährlich eine Milliarde erbringen soll, wird nach ersten Schätzungen zu einem Ticketaufschlag von 14 Euro führen. Ob Passagiere auf die Flughäfen der Nachbarländer ausweichen steht dahin.
- Dass die Deutsche Bahn künftig Dividende von 500 Millionen Euro im Jahr an den Bund abführen soll, steht angesichts der Schulden von 15 Milliarden ohnehin in den Sternen.

10 Milliarden Euro jährlich sollen bei den Leistungen für Arbeitslose gekürzt werden

- So soll etwa der bisher zwei Jahre lang gezahlte, an das vorherige Einkommen gebundene Zuschlag beim Übergang vom Arbeitslosengeld I in Hartz IV wegfallen. Im Schnitt erhielten bisher über 155.000 Haushalte über 2 Jahre 110 Euro pro Monat diesen Zuschlag. Mit dessen Streichung wird die ohnehin vorhandene Angst vor dem raschen Fall in die Bedürftigkeit nach einem Verlust des Arbeitsplatzes noch mehr steigen.
- Die Arbeitsagenturen sollen schon im nächsten Jahr 2 Milliarden und längerfristig 5 Milliarden Euro jährlich einsparen, indem sie Leistungen künftig stärker nach eigenem Ermessen gewähren können. Man tut also gerade so, als seien die Agenturen mit den bisherigen »Pflichtleistungen« zu spendabel umgegangen. Man mag über den Sinn mancher Maßnahmen der Arbeitsagenturen streiten, aber die Annahme, dass Leistungen, wie etwa Eingliederungshilfen etc. künftig weniger notwendig wären, ist grotesk. Indem man Rechtsansprüche der Betroffenen in Ermessensentscheidungen der Agenturen umwandelt, macht man Arbeitslose noch mehr zu Bittstellern als schon bisher.
- Die Arbeitslosenversicherung soll künftig ohne Zuschüsse vom Bund auskommen. Das zwingt entweder die Bundesagentur für Arbeit zu weiteren drastischen Einschränkungen oder aber die Beitragssätze müssen deutlich über die für 2011 vorgesehenen 3,0 Prozent angehoben werden. Das hieße: die Arbeitnehmer werden zu höheren Beiträgen herangezogen, bei gleichzeitiger Kürzung der Leistungen für den Fall ihrer Entlassung.

- Eine glatte Luftbuchung ist die Einsparung bei Hartz-IV-Zahlungen in Höhe von drei Milliarden Euro ab 2014 in der Annahme, dass bis dahin die Zahl der Langzeitarbeitslosen sinke. Damit ist eine Senkung der Regelsätze vorprogrammiert.
- Gestrichen wird die monatliche Pauschale von 40,80 Euro, die die Bundesagentur pro Monat an die Rentenversicherung bezahlt. Dadurch erhöhte sich bisher die Rente der Betroffenen um den »stolzen« Betrag von 2,09 Euro. Dieser Minibetrag war durch die Halbierung des Ursprungsbetrages im Zuge der Agenda 2010 zustande gekommen. Heute ist er nicht entscheidend für die Alterssicherung, wohl aber zum Erwerb eines noch nicht erreichten Versicherungsschutzes. Die ausbleibenden Beiträge werden allerdings in der Rentenkasse auf Dauer fehlen. Im Übrigen spart der Bund dabei auf Kosten der Kommunen, denn sie müssen für die Grundsicherung im Alter aufkommen.
- Nur zynisch kann man die Streichung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld für Geringverdiener nennen. (24 Euro für Einpersonenhaushalte). Angesichts der ständig steigenden Energiepreise ist die Begründung für diese Streichung, nämlich dass sich die Situation »erfreulicherweise entspannt« habe, geradezu boshaft. Sarrazins Empfehlung, statt einer beheizten Wohnung einen dickeren Pullover anzuziehen, ist bittere Wirklichkeit geworden.
- Für Hartz-IV-Empfänger soll das Elterngeld von ohnehin nur 300 Euro im Monat komplett gestrichen werden, um damit 400 Millionen Euro einzusparen. Schon bei seiner Einführung ging das Elterngeld zu Lasten der Hartz-IV-Empfänger. Sie bekamen monatlich 300 Euro vorher über zwei Jahre hinweg, danach nur noch ein Jahr (also eine Halbierung der Gesamtsumme von 7200 EUR auf 3600 EUR). Mit der kompletten Streichung des Elterngelds für Hartz-IV-Familien wird noch klarer, dass solche Eltern geradezu sanktioniert werden sollen, wenn sie Kinder zeugen.

Zusammengenommen bedeuten diese Entscheidungen eine weitere Erhöhung des ökonomischen Drucks auf die Arbeitslosen bei gleichzeitiger Senkung der Förderung.

Die Streichung des Weihnachtsgeldes für Bundesbeamte heißt nicht mehr und nicht weniger als eine Kürzung der Bezüge um 2,5 Prozent. Um insgesamt 500 Millionen einzusparen, verlängert der Bund den zeitlich befristeten Zwangsverzicht der Beamten, der schon gesetzlich fixiert 2011 enden sollte, auf unbestimmte Zeit. Denn die oben genannten Summen waren den Beamten schon einmal genommen worden, nämlich 2006, ebenfalls als Sparbeitrag. Diese Gehaltskürzung mag wiederum als Signal für Lohnkürzungen bei den Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes und in der Privatwirtschaft dienen.

Die Streichung von 15.000 Stellen, also jede zwanzigste Stelle bis 2014, ist ein Signal für eine weitere Stellenstreichungsorgie im gesamten Öffentlichen Dienst. Investitionsvorhaben im Bereich des Bundes werden ebenfalls verschoben.

Nur noch der Vollständigkeit halber: Wie ab 2013 zwei Milliarden bei der Bundeswehr gekürzt werden sollen, bleibt völlig unkonkret. Die Nato-Verbündeten werden dafür sorgen, dass dies nicht geschieht.

Die gesetzlichen Krankenkassen sollen ab 2011 einen Steuerzuschuss (höchstens 2 Milliarden) bekommen um ihr Defizit von 11 Milliarden abzumildern. Wie die Bundesregierung die Ausgaben im Gesundheitssystem in Höhe von 4 Milliarden einsparen will, ist völlig offen. Sicher ist nur, dass die verbleibenden Defizite durch Zusatzbeiträge der Versicherten aufgebracht werden müssen. ■

Griechenland und die Rettung des Euro

Die griechische Schuldenkrise und die Krise der europäischen Währung sind noch lange nicht beendet. Niemand kann derzeit mit Sicherheit vorhersagen, welche Staaten noch in den Strudel hinein gezogen werden und ob die Europäische Währungsunion nicht am Ende zerfallen wird.

Aber die Staaten – und dies heißt: deren herrschende Klassen – waren bislang in der Lage, einen gemeinsamen Nenner für ihr Handeln zu finden. Sie haben damit ihren Willen deutlich gemacht, für den Bestand der gemeinsamen Währung einzutreten, die ihrerseits Symbol für die weitere Integration des Binnenmarktes ist¹. Während es in Griechenland selbst zu Massenprotesten gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die lohnabhängige Bevölkerung gekommen ist, verfolgen die Lohnabhängigen der meisten anderen europäischen Staaten die Vorgänge als entweder kritische oder empörte, seltener als gleichgültige Zuschauer. Dies hat viel damit zu tun, dass wenig Klarheit über die Ursachen und Folgen jener krisenhaften Ereignisse besteht, und dass etwa in Deutschland Massenmedien wie die Bild-Zeitung moralisierende Demagogie betreiben nach den Motto Die fleißigen Deutschen sollen für die faulen Griechen bezahlen. Um so wichtiger ist es, dass innerhalb der Linken eine Diskussion über Ursachen und Folgen der Krise und des daraus folgenden Handelns der Regierungen größere Klarheit bewirkt, damit wir angemessen reagieren können.

Die Krise, die wir hier der Einfachheit halber und um sie von der fortwährenden Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2009 abzugrenzen, Griechenland-Krise nennen wollen, muss unter unterschiedlichen Gesichtspunkten gesehen werden: Da ist zum einen der innergriechische Aspekt, die Auseinandersetzung zwischen den gesellschaftlichen Klassen innerhalb Griechenlands darüber, wer die Staatsschulden bezahlen muss. Dieser Kampf, der in Griechenland auch außerparlamentarisch, auf der Straße, stattfindet, entscheidet letztlich darüber, ob die Regierung die Zusagen, die sie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und den europäischen Garantiestaaten gemacht hat, innenpolitisch auch realisieren kann. Über den Gang der Klassenkämpfe in Griechenland können wir aus eigener Kenntnis leider nichts Näheres sagen.

Die ökonomische Seite der Griechenland-Krise ist ein zweiter Aspekt, die Frage danach, wer nach den Vereinbarungen zwischen IWF/Garantiestaaten und Griechenland Gewinner und wer Verlierer ist. Oder: Wen retten IWF und die Bundeskanzlerin? Dazu können und werden wir etwas sagen.

Von zentraler Bedeutung für die weitere Entwicklung der Europäischen Union im Allgemeinen und der Europäischen Währungsunion im Besonderen ist es, wie die beteiligten Regierungen auf die Griechenland-Krise reagieren, ob und in welcher Richtung sie gemeinsam handlungsfähig bleiben. Letztlich ist es dieser dritte Aspekt, auf den es ankommt, wenn es um das weltpolitische Gewicht der europäischen Bourgeoisie gegenüber den USA und China, aber auch um die internationalen Finanzmärkte geht. Hierauf wollen wir deshalb besonders eingehen.

Der Markt testet den Euro

In ihrem Haushaltsvollzug leihen sich alle Staaten Geld an den Finanzmärkten. Dieses Geld wird zum Einen zur Überbrückung bis zum Eingang fälliger Steuern und sonstiger Staatseinnahmen benötigt. Zum Andern machen Staaten

aber auch Schulden, um notwendige Ausgaben vorfinanzieren zu können, aber ggf. auch, um fällige Kredite zu bedienen. Daraus ergibt sich eine Mischung von Schuldtiteln (Staatsanleihen, Obligationen u. ä.) unterschiedlicher Laufzeiten. Die Kreditaufnahme erfolgt, technisch gesehen, bei Versteigerungen, bei denen Beamte des Finanzministeriums des jeweiligen Landes mit Vertretern von Finanzinstitutionen, in der Regel (Geld-)Kapital-Sammelstellen wie Banken, Versicherungen, Investmentfonds, zusammen kommen. Bei diesen Zusammenkünften ergibt sich nach Art einer Auktion, ob und zu welchen (Zins-)Konditionen der betreffende Staat den gewünschten Kredit erhält.²

Im Prinzip funktioniert diese Kreditaufnahme bei Staaten ebenso wie bei großen Konzernen. Auch die Höhe des Zinssatzes für eine Staatsschuld ergibt sich nach gleichen oder ähnlichen Gesichtspunkten wie bei Privatunternehmen: Gute Schuldner, bei denen sicherer Schuldendienst und Tilgung vorausgesetzt werden, zahlen weniger Zinsen als solche, deren Zahlungsfähigkeit weniger gut beurteilt wird und die deshalb einen mehr oder weniger hohen Risikoaufschlag (in der Fachsprache: Spread) erdulden müssen. Der Unterschied zwischen privaten Schuldnern und Staaten besteht allerdings darin, dass – im Prinzip – Staaten nicht dauerhaft insolvent werden können. Solange eine herrschende Klasse sich das Mehrprodukt der beherrschten Klassen aneignen kann, ist sie prinzipiell in der Lage, Zinsen und Tilgung für bestehende Schulden zu bezahlen. Während die private Firma mit der Insolvenz untergeht, existiert der Staat fort und wird zu gegebener Zeit wieder an den Finanzmärkten auftreten, sei es als Kreditgeber, sei es als Kreditnehmer.³

Die Griechenlandkrise wird zur Euro-Krise

Im Falle Griechenlands gab es Anlass zu Zweifeln an der Fähigkeit der Regierung, den mit IWF, der Europäischen Zentralbank (EZB) und der EU-Kommission ausgehandelten Sparkurs gegenüber der eigenen Bevölkerung durchzusetzen. Die Märkte seien nervös, weil das Reformprogramm⁴ so ambitioniert sei, das ein Scheitern „nicht ganz ausgeschlossen“ sei, äußerte der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Meyer. Selbst mit diesem ehrgeizigen Plan werde der Schuldenstand Griechenlands bis 2013 auf fast 150 Prozent des BIP steigen; um den Maastricht-Referenzwert von 60 Prozent des BIP zu erreichen, müsse dann ein Jahrzehnt lang sehr hart gespart werden. (FAZ 6.5.10) Andere formulierten noch grundsätzlichere Zweifel: »Mir ist nicht klar, wie ein Land mit einem derartigen

1 In einem Interview äußerte der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB), Jürgen Stark: „Wer den Euro in Frage stellt, stellt die europäische Integration in Frage. Die gemeinsame Währung ist die Krönung des gemeinsamen Binnenmarktes. Die Alternative ist der Rückfall in nationalstaatliches Denken... Dazu kommen die ökonomischen Vorteile: Der Euro macht den Handel leichter und sicherer.“ FAS 16. 5. 2010

2 Siehe Kasten „Wer zahlt wieviel?“

3 Beispiele in jüngster Zeit sind Russland und Argentinien.

4 Einzelheiten siehe Kasten „Die Bedingungen für den Kredit“

5 Die Konvergenzkriterien (Maastricht-Kriterien) im Artikel 121 des Vertrags von Nizza stellen Regeln für den Beitritt zur Europäischen Währungsunion (EWU) auf: Danach darf unter anderem ein Beitrittskandidat eine Inflationsrate von max. 1,5 Prozentpunkten über denjenigen der drei preisstabilsten Mitgliedsländer des Vorjahres haben: Das Haushaltsdefizit der öffentlichen Hand darf nicht mehr als 3 Prozent des BIP betragen; die öffentlichen Schulden dürfen nicht mehr als 60 Prozent des BIP betragen.

Wer zahlt wieviel?

- Portugal platziert 500 Millionen Euro Geldmarktpapiere zum Zinssatz von 2,955 Prozent bei sechs Monaten Laufzeit.
- Zwei Wochen davor musste Portugal nur 1,079 Prozent bezahlen – bei 9 Monaten Laufzeit.
- Deutschland bezahlt für eine vergleichbare Neuemission einen Zins von 0,27 Prozent.
- »Vergangene Woche konnten sechs Milliarden Euro für zehn Jahre eingeworben werden. Deutschland muss dafür mit weniger als 3 Prozent so wenig Zinsen zahlen wie noch nie bei einer Neuemission in diesem Laufzeitbereich. Auch für die Neuemission von Bundesschatzanweisungen im Volumen von 7 Milliarden Euro in den nächsten Wochen wird ein rekordniedriger Zins von weniger als 0,7 Prozent erwartet.« (FAZ-Emissionskalender 6. 5. 10) ■

Schuldenberg dauerhafte Perspektiven haben soll«, betonte Bundesbank-Vorstandsmitglied Thilo Sarrazin vor hessischen Unternehmern. (FAZ 7.5.10) Für die »Nervosität der Märkte« und die Zweifel gibt es gute Gründe: Griechenland weist noch heute viele Züge eines Entwicklungslandes auf. Das größte an der Börse notierte Unternehmen ist ein Getränke-Abfüller (Coca-Cola Hellenic Bottling), wichtigste Unternehmenszweige sind nach wie vor Tourismus und Schifffahrt; die Arbeitslosigkeit und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit liegt über 20 Prozent, die 750 Tausend im Öffentlichen Dienst Beschäftigten machen ein Fünftel der arbeitenden Bevölkerung aus; internationale bedeutende Industrieunternehmen gibt es nicht, Griechenland ist rohstoffarm; als Folge der andauernden Konflikte mit der Türkei hat das Land einen im europäischen Maßstab weit überdimensionierten Militäretat⁶. Die griechische Bourgeoisie hat in der Vergangenheit regelmäßig den sozialen Frieden im Land durch Erhöhung der Staatsschuld finanziert; diese Möglichkeit ist ihr nun bis auf Weiteres verschlossen⁷.

Noch am 27. April titelte die Wirtschaftsredaktion der FAZ: »Die Finanzmärkte spekulieren auf eine Staatspleite in Athen«. Zu diesem Zeitpunkt war die Rendite auf zweijährige griechische Staatsanleihen bereits auf 13 Prozent gestiegen – der griechische Staat musste also 13 Prozent Zinsen zahlen. Es wurde mit einer Umschuldung gerechnet, d. h. mit einem teilweisen Forderungsverzicht der Gläubiger in Höhe zwischen 40 und 60 Prozent; denn angesichts der hohen Staatsschulden würde ein geringer Schuldenverzicht wirkungslos bleiben. Wer sind aber die Gläubiger? Erst einmal sind es nicht die Kleinsparer und der Mittelstand. Diese können froh sein, wenn sie Zinserträge von 0,5 bis zwei Prozent – je nach Laufzeit – erzielen können. Die Investoren, die sich mit griechischen Papieren eindeckten,

sind Banken, Versicherungen und Anleihefonds. Die vier größten griechischen Geschäftsbanken halten nationale Schuldtitel in Höhe von 40 Milliarden Euro bei einem Eigenkapital von 25 Milliarden Euro. Bei einem Zahlungsausfall, aber auch bei einer hohen Umschuldung wären sie augenblicklich insolvent. Französische und deutsche Banken halten jeweils etwa 20 bis 30 Milliarden Euro Griechenanleihen, Versicherungen und Anleihefonds jeweils 40 bis 50 Milliarden Euro⁸. Alle diese Gläubiger hätten größte Schwierigkeiten, wenn der griechische Schuldner ins Straucheln käme – insbesondere zu einer Zeit, wo die weltweite Finanzkrise noch nicht ausgestanden ist. Es werden also wieder einmal in erster Linie die Banken und Versicherungen gerettet – nicht Griechenland und vor allem nicht die griechische Bevölkerung.

Es gibt aber einen weiteren wichtigen und besonderen europäischen Aspekt des Vorgangs der Griechenland-Krise, der in der Währungsunion der 16 Euro-Staaten liegt:

Grundsätzlich kann sich jeder Staat, der souverän über eine eigene Währung verfügt, in eigener Währung beliebig verschulden – er muss nur seine Zentralbank veranlassen, ihm die eigenen Staatspapiere abzukaufen. Das funktioniert wie Geld-Drucken, nur dass so nicht physisches Geld geschaffen wird, sondern Liquidität. Das Risiko liegt darin, dass dann ggf. der Außenwert dieser Währung sinkt und dass die Inflation angeheizt wird. Dieses Rezept ist also nicht auf Dauer angelegt, aber vorübergehend hat so etwas immer wieder funktioniert. Im Falle der Währungsunion geht das allerdings so nicht. Das einzelne Mitgliedsland kann über die Währung nicht mehr souverän verfügen, sondern nur noch im Einklang mit den anderen Mitgliedern.

Die Euro-Krise erzwingt eine Neudefinition der Europäischen Union

Der Euro ist – zur Zeit noch – für die 16 Staaten der Währungszone gemeinsame Währung, aber an den internationalen Kreditmärkten treten die Teilnehmer jeweils getrennt auf und erhalten unterschiedliche Konditionen von den Kreditgebern – wo Griechenland 18 Prozent Zinsen zahlen sollte, lagen deutsche Papiere mit entsprechender Laufzeit bei 3 Prozent. Diese Unterschiede begünstigen die wirtschaftlich Starken, wie insbesondere die deutsche Bourgeoisie, die sich auf diese Weise günstiger refinanzieren kann, als ihre schwächeren Konkurrenten, was ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter steigert.

Damit ist auch die bislang gezeigte Haltung von Bundeskanzlerin Angela Merkel zu erklären, die ein gemeinsames Einstehen der Euro-Zone für einzelne Mitglieder kategorisch ausschließen wollte. In der Tat war die »No bail out«-Klausel, d. h. jeder steht für sich selbst ein, gemeinsame Position. Die Alternative dazu würde bedeuten, dass z. B. die Euro-Staaten gemeinsame Anleihen begeben würden – von Vorteil für die Schwächeren, von Nachteil für die Stärkeren, die relativ gesehen höhere Zinsen zahlen müssten, weil sich in der Gewichtung der Risiken der 16 Mitgliedsstaaten ein durchschnittlicher Zins ergeben würde, der über dem bislang günstigsten Zinssatz liegen würde. Die Veränderung der Rolle der EZB in eine politisch operierende Zentralbank, die einzelnen Mitgliedsstaaten helfend unter die Arme greifen kann, würde andererseits einen Mechanismus der Willensbildung im Euro-Raum voraussetzen, der weit in die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedsländer eingreift im Sinne einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung, wie sie der französische Staatspräsident Sarkozy anstrebt. Das wird allerdings insbesondere von der deutschen Bourgeoisie kritisch gesehen, die ihre Profite nicht zugunsten Anderer geschmälert sehen möchte.

6 Laut OECD, die sich dabei auf Zahlen des CIA stützt, wendet Griechenland 4,3 Prozent seines BIP für Militärausgaben auf, während es im Durchschnitt der OECD-Länder nur 1,7 Prozent seien.

7 Ausgaben für Renten betragen heute in Griechenland 11 Prozent des BIP; im Durchschnitt der 30 OECD-Länder seien es 4 Prozent.

8 In Deutschland hält die inzwischen verstaatlichte Hypo Real Estate (HRE) griechische Staatsanleihen über 7,9 Milliarden Euro. Die vom Staat gestützte Commerzbank hält 3,2 Milliarden, die Allianz (Versicherung) hat griechische Staatsanleihen über 900 Millionen und die Munich Re (Rückversicherer) über 2,1 Milliarden Euro in den Büchern. Außerdem setzen deutsche Banken im Einklang mit dem Pfandbriefgesetz griechische Staatsanleihen als Deckungsmasse für Pfandbriefe ein, die sie begeben. Die HRE hat öffentliche Pfandbriefe mit griechischen Staatsanleihen über 3,9 Milliarden Euro besichert. (FAZ 4. 5. 10)

Was würde »uns« das kosten? Griechenland-Paket auf deutsch

»Griechenland muss kürzertreten. Im Etat will die Regierung durch Ausgabenkürzungen und Einnahmesteigerungen bis 2014 rund 30 Milliarden Euro einsparen, rund 13 Prozent der griechischen Wirtschaftsleistung. Übertragen auf Deutschland hieße das: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble müsste sich in den Ressortetats seiner Ministerkollegen bis 2014 mehr als 300 Milliarden Euro holen, jedes Jahr rund 60 Milliarden, das wären 13 Prozent des deutschen Brutto-Inlandsprodukts – und zusammengenommen mehr als die Ausgaben der Bundesministerien für Äußeres, Inneres, Justiz, Finanzen, Wirtschaft, Ernährung, Gesundheit, Umwelt, Familie und Entwicklung.

Einnahmesteigerungen könnten sich aus einer unpopulären Mehrwertsteuererhöhung ergeben. Eine Heraufsetzen des vollen Satzes von derzeit 19 auf 20 Prozent brächte Schäuble rund 8 Milliarden Euro – also kaum mehr als den berühmten Tropfen auf den heißen Stein. Auch eine Steigerung der Einkommensteuersätze brächte zusätzliche Milliardenereinnahmen, würde die Kaufkraft der Bevölkerung aber gleichzeitig stark schmälern.

Wollte die Bundesregierung Ausgaben sparen, müsste sie Investitionen kappen – etwa in der Infrastruktur: In Schienen, Straßen und Wasserwege fließen in diesem Jahr rund 12 Milliarden Euro...

Ungemütlich würden sich für die Betroffenen Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst und Rentenkürzungen auswirken. Der Bund gibt für sein Personal jedes Jahr 28 Milliarden Euro aus. Für die Rentner gewährt der Bund jährlich einen Zuschuss von fast 80 Milliarden Euro...«

(Auszug aus FAZ 6. 5. 10) ■

Dass die Entwicklung in genau diese Richtung geht, wurde bereits Anfang Mai deutlich⁹). Noch im Januar 2010 hatte EZB-Präsident Jean-Claude Trichet beteuert: »Wir werden unsere Regeln für die Sicherheit nicht zum Wohle irgendeines bestimmten Landes ändern.« (FAZ 4. 5. 10) Vier Monate später gab die EZB die Orientierung an externen Kreditbewertungen auf und akzeptiert im Falle Griechenlands Staatsanleihen unabhängig von den Ratings, also auch sogenannte Ramschanleihen, derzeit mutmaßlich 40 Milliarden Euro. Vielleicht ist sich der EZB-Präsident aber gar nicht untreu geworden: Denn die Verschuldung der europäischen Staaten ist vor allem in der Folge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ein allgemeines Problem. Im Durchschnitt des Euro-Raums wird nach der Prognose der Europäischen Kommission die Staatsschuld von 66,0 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) im Jahr 2007 auf 88,5 Prozent im Jahr 2011 steigen. Eine mittelfristige Senkung der Staatsschuld auf den Maastricht-Referenzwert von 60 Prozent des BIP scheint damit ausgeschlossen. Die Euro-Zone wird somit weiter auf die Finanzmärkte angewiesen sein. Die Erweiterung der internen Refinanzierungsmöglichkeiten der Euro-Länder durch die EZB könnte dann die Marktmacht der internationalen Finanzinstitutionen einschränken und die Kreditkosten deutlich verringern. Diese erweiterte Integration des europäischen Finanzmarkts wird erleichtert durch den Umstand, dass die EU-

9 Nach den bis 2008 geltenden Regeln mussten Staatsanleihen mindestens von einer der drei führenden Ratingagenturen die Note »A-« oder »A3« erhalten, damit Banken sie bei Finanzierungsgeschäften der Zentralbank als Sicherheit einreichen durften.

Bedingungen für den Kredit an den Staat

Griechenland soll einstweilen 110 Milliarden Euro Kredite von IWF (30 Milliarden) und bilateral von Euro-Staaten (80 Milliarden) erhalten. Griechenland muss die Hilfskredite drei Jahre lang nicht tilgen, die Zinsen sind allerdings zu zahlen. Für Kredite bis zu drei Jahren Laufzeit müssten derzeit 3,6 Prozent Zinsen bezahlt werden, für länger laufende Kredite einen Prozentpunkt mehr. Die Kreditbedingungen wurden zwischen der griechischen Regierung und dem IWF, der Europäischen Zentralbank und der EU-Kommission für die kommenden drei Jahre ausgehandelt. Die Vereinbarungen wurden mittlerweile vom griechischen Parlament ratifiziert.

- Die Mehrwertsteuer wird um zwei Prozentpunkte erhöht und die Erhebungsbasis wird verbreitert; geschätzte Mehreinnahmen mindestens 1,8 Milliarden Euro jährlich.
- Die Steuern auf Benzin, Alkohol und Tabak werden erhöht; geschätzte Mehreinnahmen über eine Milliarde Euro.
- Kürzung der Oster-, Sommer- und Weihnachtzuschläge für Beamte; geschätzte Ersparnis 1,5 Milliarden Euro.
- Rentenkürzungen; geschätzte Ersparnis 2,4 Milliarden Euro. Außerdem soll im dritten Quartal 2010 eine Reform des Rentensystems Gesetz werden, durch die weitere Rentenkürzungen festgeschrieben werden.
- Es sollen im laufenden Quartal noch eine Gebiets- und Gemeindereform beschlossen werden. Gemeinden, Präfekturen und Regionen sollen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengeschlossen werden. Dadurch wird es u.a. auch zu Personalabbau kommen.
- Die Registrierung von neuen Unternehmen soll vereinfacht und damit Unternehmensgründungen erleichtert werden.
- Die Regierung muss einen detaillierten »Wiederbelebungsplan« für die defizitäre staatliche Eisenbahn ausarbeiten, der eine Öffnung des Marktes und die Stilllegung verlustbringender Linien vorsieht.
- Es darf nur jede fünfte frei werdende Stelle im Öffentlichen Dienst wieder besetzt werden.
- Privatisierung von Staatsbetrieben im Volumen von mindestens 1 Milliarde Euro bis 2013.
- Der Arbeitsmarkt wird dereguliert: Überstundenzuschläge werden gekürzt, Probezeiten auf ein Jahr verlängert, Zeitarbeit erleichtert.
- Die Verschreibungspraxis der Ärzte in den Krankenhäusern soll elektronisch erfasst und überprüft werden.
- Die Unternehmer werden geschont: Unternehmen mit mehr als 100 000 Euro Jahresgewinn sollen eine zeitweilige Krisenabgabe in Höhe von bis zu zehn Prozent vom Jahresgewinn bezahlen. Davon erwartet man sich Zusatzeinnahmen von gerade einmal 600 Millionen Euro bis 2013. ■

Mitgliedsstaaten zwischen 50 und 70 Prozent ihres Außenhandels untereinander betreiben.

Die tatsächliche Entwicklung in der Folge der Griechenland-Krise gibt dem tschechischen Präsidenten Václav Klaus Recht, der in dem Projekt der Währungsunion und der europäischen Integration einen Angriff auf die Souveränität, jedenfalls Teile der Souveränität, der Mit-

gliedsstaaten sah und sieht und in einem Interview mit der FAZ (28. 4. 10) äußerte: »Die gemeinsame Währung in einem so großen Teil Europas war eine solche falsche Entscheidung, die sehr hohe Kosten verursacht... Es gibt ja auch ökonomisch sinnvolle Währungsunionen. Die implizite Währungsunion zwischen Deutschland, Österreich und den Niederlanden seit 1980 etwa war ganz vernünftig und wirtschaftlich zweifellos vorteilhaft. Die Frage ist, ob auch Länder wie Portugal, Spanien oder Griechenland zu einem solchen optimalen Währungsgebiet gehören...«

Worin allerdings bestünde die Alternative? Ein sogenanntes Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, d.h. Fraktionsbildung – nach welchen Kriterien auch immer – innerhalb der Europäischen Union der 27 würde über kurz oder lang zur Spaltung und zur Herausbildung konkurrierender Blöcke in Europa führen, also zu einem Zustand, wie er vor der EU bestand. Dies will keine der beteiligten herrschenden Klassen. Aber auch die weiter gehende Integration wollen diejenigen nicht, deren Profite darunter leiden könnten – und als solche sehen sich große Teile der deutschen Bourgeoisie. Doch die Umstände, die durch die Märkte selbst geschaffen wurden, zwingen heute die deutsche Regierung mitsamt ihren Partnern zu Maßnahmen, die sie erklärtermaßen für nicht wünschenswert gehalten haben und immer noch halten: Sie müssen gesamtschuldnerisch eintreten für einzelne Mitglieder, wenn sie nicht einzeln Spielball der internationalen Finanzinstitutionen werden wollen. Die am 7. Mai 2010 von der Europäischen Kommission gegründete Zweckgesellschaft verdeutlicht in eindrucksvoller Weise das Umdenken der europäischen

»Die Textilindustrie spielt indessen kaum mehr eine Rolle für die Volkswirtschaft, da sie überwiegend nach Bulgarien und in asiatische Billiglohnländer abgewandert ist und damit zu einem sichtbaren Beispiel für die Deindustrialisierung Griechenlands wurde, die nach dem Eintritt Griechenlands 1981 in die EU eingesetzt hat.«
Auszug aus FAZ vom 6. 5. 2010) ■

Regierungen. Die Zweckgesellschaft wird ermächtigt bis zu 750 Mrd. Euro am Kapitalmarkt aufzunehmen, um gegebenenfalls schwächelnde Volkswirtschaften im Euro-Raum zu stützen. Für dieses riesige Kreditprogramm zur Abwehr künftiger Schuldenkrisen bürgen mit 250 Mrd. Euro der IWF, mit 60 Mrd. Euro der EU Haushalt und mit 440 Mrd. Euro die Eurostaaten. Dafür werden die wirtschaftlich starken Mitgliedsländer politische Kompensationen fordern, etwa Zugeständnisse in anderen Angelegenheiten. Diese Thematik wird die Agenden der europäischen Institutionen in der nächsten Zeit bestimmen.

Die Einigkeit der entscheidenden Teile der europäischen Bourgeoisie bei der Bewältigung der Krise wird ohne materielle Zugeständnisse und Kompromisse nicht zu haben sein. Wie schnell die Politik bereit ist die Schuldenkrise auf die Lohnabhängigen abzuwälzen, belegt das »Sparpaket« über 80 Milliarden Euro bis zum Jahr 2014, das die Bundesregierung am 7. Juni beschlossen hat. Die Kosten werden, wie im Falle Griechenlands, auch anderswo die Lohnabhängigen zu tragen haben, wenn sie nicht Wege finden, sich erfolgreich zu wehren. Stand 17. 05. 2010 ■

■ BANK FÜR INTERNATIONALEN ZAHLUNGS-AUSGLEICH

BIZ warnt vor neuer Finanz- und Wirtschaftskrise

Verschuldung vieler Industriestaaten führt zu Vertrauensverlust

Die Bank der Notenbanken warnt davor, dass es zu einer Untergrabung der Reformbestrebungen kommen könnte. Die Stabilität des Finanzsystems sei weiterhin gering. Ein weiterer Schock wie Ende 2008 und Anfang 2009 sei möglich, so die BIZ.

(sda/Reuters) Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) warnt mit deutlichen Worten vor der Gefahr einer neuen Finanz- und Wirtschaftskrise: »Was wir Ende 2008 und Anfang 2009 erlebt haben, könnte sich durch einen Schock beliebiger Größenordnung wiederholen.«

»Verbleibende Schwächen des Finanzsystems zusammen mit den Nebenwirkungen der anhaltenden Intensivbehandlung drohen einen Rückfall des Patienten zu verursachen und die Reformbestrebungen zu untergraben«, schreibt die auch als Bank der Notenbanken bekannte BIZ mit Sitz in Basel in ihrem am Montag veröffentlichten Jahresbericht.

Die Turbulenzen an den Finanzmärkten in der ersten Jahreshälfte hätten die geringe Stabilität des Finanzsystems in der industrialisierten Welt deutlich gemacht, heisst es in der über 200-seitigen Analyse von Weltwirtschaft und Finanzsystem.

Kehrtwende verlangt

Das sei umso gefährlicher, da der Spielraum für wirtschaftspolitische Massnahmen enger geworden sei, sagte BIZ-Generaldirektor Jaime Caruana vor der Jahreshaupt-

versammlung. Gefordert seien deshalb eine rasche Sanierung der Staatshaushalte und eine geldpolitische Kehrtwende der Notenbanken.

Die BIZ drückt dabei trotz des Risikos, den Aufschwung wieder abzuwürgen, aufs Tempo: »Wir können mit der Normalisierung der Wirtschaftspolitik nicht warten, bis wieder ein kräftiges Wirtschaftswachstum eingesetzt hat«, sagte Caruana.

Welche Risiken für die Stabilität der Finanzmärkte und für die Wirtschaft durch hohe Schuldenberge drohten, hätten die Probleme in der Euro-Zone und namentlich in Griechenland gezeigt. »Die griechische Staatsschuldenkrise gefährdet ohne Zweifel die beginnende Erholung der europäischen Konjunktur von der tiefen Rezession, in die die letzte Krise geführt hat«, heisst es im BIZ-Jahresbericht.

Der Vertrauensverlust sei immens, die Staatsverschuldung habe in vielen Industrieländern »ein nicht mehr tragbares Niveau« erreicht. Deshalb müssten die Regierungen sparen und mit Strukturreformen die Wirtschaft wetterfest machen – auch um den Preis kurzfristiger Wachstumsverluste.(...)

Die grössten Risiken sieht die BIZ nach wie vor innerhalb des Finanzsystems. Dessen Erholung von der Krise sei »unvollständig und fragil«, der Abbau des Fremdfinanzierungsanteils und die Sanierung der Bilanzen der Banken seien »bei weitem nicht abgeschlossen«.

Zwar hätten die Banken die Gewinnzone wieder erreicht und ihre Fremdkapitalanteile abgebaut, dennoch blieben Zweifel an der Nachhaltigkeit.

Die Basler Ökonomen haben sich einen Ruf als Frühwarnsystem für internationale Krisen gemacht. Sie hatten bereits Jahre vor Ausbruch der Finanzkrise Mitte 2007 vor einer Überhitzung am US-Immobilienmarkt und einer weltweiten Kettenreaktion gewarnt. NZZ Online, 28. Juni 2010 ■

Finanz- und Wirtschaftskrise – wer zahlt für wen und was?

Nachfolgende Rede hat Rainer Roth, Frankfurt, am 30. April 2010 in Miltenberg gehalten. Wir haben sie um den hinteren Teil gekürzt, in dem er diverse Vorschläge macht, wie die politische Linke in der Bundesrepublik sich auf ein gemeinsames Programm verständigen könnte. Die komplette Rede ist im Internet unter: www.klartext-info.de/vortraege/Miltenberg20100430_rr.pdf zu finden. d.Red. ■

Der Kapitalismus steckt in der tiefsten Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit. Woher kommt diese verdamnte Krise, würde man gerne wissen. Krisen – »von Menschen gemacht und gewollt«? Und staunend hört man, sie sei von Menschen gemacht.

Die IG Metall verkündet in ihrem Frankfurter Appell: »Die Krise ist ... kein Naturereignis, sie ist das Ergebnis menschlichen Willens und Handelns«. Beruhigend zu wissen, dass weder Gott noch der Teufel die Krise erzeugt haben, sondern Menschen, ein echter Fortschritt gegenüber dem christlichen Mittelalter. Der Jesuit Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach als Verkünder des Urteils des Banktribunals von Attac erklärte: »Die Finanzmärkte ... sind das, was Menschen aus ihnen machen und machen wollen«. Wie die Griechenlandkrise zeigt, ist es eher umgekehrt: Menschen sind das, was die Finanzmärkte aus ihnen machen.

Dass bei Krisen Menschen am Werk sind, ist eine nichts sagende Plattitüde. Die Krise soll das Ergebnis von Menschen sein, die sie gewollt haben, heißt es weiter. Wollten die Vorstände von Goldman Sachs, General Motors oder der Deutschen Bank, Hypo Real Estate und Daimler die Krise? Oder vielleicht Bush und Merkel oder die griechischen, portugiesischen usw. Regierungen? Wollten sie, dass Industrieproduktion, Unternehmens- und Bankprofite sowie die Staatsfinanzen dermaßen einbrechen? Wenn sie das wollten, sollte man sie in die Heilanstalt einweisen. Niemand wollte die Krise, im Gegenteil. Die Damen und Herren des Kapitals wollten, dass der letzte Aufschwung ewig anhält.

Leider bereitet aber jeder Aufschwung die nächste Krise vor, ob man es will oder nicht, und leider bereiten auch die Maßnahmen zur Bekämpfung der jetzigen Krise mit Billionen Staatsschulden eine noch viel tiefere Krise vor.

Die Krise, die niemand wollte, ist ein Ergebnis menschlichen Handelns. Zeigt das nicht, dass hier Kräfte am Werk sind, die unabhängig von unserem Willen sind, außerhalb unserer Kontrolle, Gesetze, die wie ein Naturereignis, wie ein Tsunami, wirken, ohne dass sie Gesetze der Natur sind?

Krisen sind das Ergebnis von Verhältnissen, in denen Menschen nicht das Erreichen können, was sie wollen. Menschen werden von Verhältnissen beherrscht, die sie selbst geschaffen haben.

Krisen brechen aus, ohne dass jemand sie will. Warum? Worin besteht dieser Zustand tiefer Unfreiheit? Jedes Unternehmen will in heftiger Konkurrenz untereinander Profite für seine privaten Eigentümer erzielen, indem es für Märkte produziert, die niemand berechnen kann. Banken vergeben Kredite auf letztlich ebenfalls unberechenbaren Kapitalmärkten und wissen nicht, ob die Kredite dauerhaft bedient und am Ende zurückgezahlt werden können. Die Summe all dieser Privatinteressen führt unvermeidbar dazu,

→ dass immer wieder mehr produziert wird, als verkauft werden kann, und

→ dass mehr Kredite ausgegeben werden, als bedient werden können.

Der Überschuss an Kapital und Waren muss regelmäßig in Krisen vernichtet werden, damit der Tanz von Neuem beginnen kann. Ein wirklich sinnvolles, effizientes, robustes und nachhaltiges Wirtschaftssystem. Die jetzige Krise ist tiefer als die früheren, weil die Kreditvergabe an Unternehmen, Staaten und Lohnabhängige alles Bisherige in den Schatten gestellt hat. Sie ist tiefer, weil die Krise mit ebem dem Medikament bekämpft wird, das sie vertieft hat, mit einer Explosion der Kreditaufnahme.

Allein die Staatsschulden der G7-Staaten machen im Durchschnitt 118 % des BIP aus, so viel wie zuletzt nach dem zweiten Weltkrieg. Dazu kommen die Unternehmens- und Konsumentenschulden. Die wichtigsten Staaten der Welt kommen auf Gesamtverschuldungen von 300 bis 400 Prozent des BIP. Stellen Sie sich vor, Sie hätten bei einem Jahreseinkommen von 30.000 Euro brutto 120.000 Euro Schulden. Es wäre nicht möglich, diese Schulden aus dem laufenden Einkommen zu verzinsen und zu tilgen. Auch die gesamtwirtschaftlichen Kreditberge werden aus den Ergebnissen der Kapitalverwertung nie zurückgezahlt werden können. Deshalb wollten die Kreditgeber sie schnell wieder los werden. Sie verpackten Hunderte und Tausende Kredite in Wertpapiere, die gehandelt werden, abgesichert über Kreditversicherungswertpapiere, deren Inhaber keine Sicherheiten bieten können und es auch nicht müssen. Die faul gewordenen Papierchen überwintern nun in den Bilanzkellern der privaten Banken und Unternehmen, in den Tresoren der Zentralbanken und sehnen sich nach besseren Zeiten. Nicht zu vergessen die schwarzen Löcher der Banken, deren Verluste freundlicherweise vergesellschaftet wurden, wie z.B. der Hypo Real Estate. Die Bad Bank der HRE wird auszulagernde Schrottprodukte im Umfang von über 200 Mrd. Euro abwickeln. Die 8 Mrd. Euro griechische Staatsanleihen der HRE kann man ebenfalls in die Tonne der Bad Bank treten. Die Verluste haben wir zu zahlen. Die Gläubiger verlangen, dass die Staaten und damit wir alle ihre ausgereichten Kredite garantieren müssen, damit sie keine Verluste machen. Sie schreien, wie jetzt wieder bei der Griechenlandkrise, nach dem Staat wie die Säuglinge nach der Mutterbrust und betonen gleichzeitig, wie z.B. zuletzt Präsident Köhler, es dürfe nicht sein, dass die Allgemeinheit für private Verluste gerade stehen müsse. Dieses chaotische, verlogene System tiefer Unfreiheit nennen sie freiheitlich.

Menschliche Gier – Ursache der Krise? Wie erklären sich nun diejenigen die Krise, die Kritik an diesem Wirtschaftssystem üben? Die vorherrschende Antwort unter Lohnabhängigen ist noch, dass die Krise Produkt der menschlichen Gier sei, einer Charaktereigenschaft also. Die Hybris wird beklagt, der Verlust von Maß und Mitte, das Zocken, das Spekulantentum, der Egoismus usw. Steinmeier gibt im Deutschlandplan der SPD den Takt vor. »Die Gier gehört zum Menschen, aber wir können sie zügeln«, verkündete er (Die Arbeit von Morgen, Juli 2009, 64). Merkel und der Papst stimmen zu. Der DGB kann da unmöglich beiseite stehen. Der Maiaufruf z.B. erklärt die Krise aus Spekulation. Was mag wohl anderes hinter der Spekulation stecken als die menschliche Gier, die es gilt zu zügeln bzw. demokratisch zu kontrollieren?

Gier ist ein geschichtliches, kein überzeitliches Phänomen

Die Gattung Mensch, die von Hause aus gierig sein soll, tauchte zum ersten Mal vor etwa 5 bis 7 Millionen Jahren

auf. Da es in diesen Millionen Jahren keine Finanz- und Wirtschaftskrisen gegeben hat, war der Mensch offensichtlich noch nicht wirklich Mensch.

Über viele hunderttausend Jahre lebten Menschen von der Hand in der Mund. Sie lebten in Stammesgemeinschaften, die klassenlos waren, weder Reichtum noch Armut kannten, kein Privateigentum, keine Regierung, keine Parteien und keine Gefängnisse. Sie waren Jäger und Sammler und teilten die Nahrungsmittel unter allen Stammesmitgliedern nach ihren Bedürfnissen auf. Gregory Clark schreibt: *»Jäger-Sammler-Gesellschaften sind egalitär. Der materielle Konsum unterscheidet sich wenig zwischen den Mitgliedern«* (A Farewell to Alms, Princeton 2008, 2).

Gier kann erst aufkommen, wenn es einen Überschuss über das Lebensnotwendige gibt, der privat angeeignet werden kann. Dieser Überschuss hat sich in der Tat entwickelt, und zwar dadurch, dass Produkte für den Austausch gehandelt wurden und sich daraus langsam ein allgemeines Tauschmittel, das Geld entwickelte.

Gier ist keine überzeitliche menschliche Gattungseigenschaft, erst recht nicht die Gier nach Geld. Sie ist ein geschichtliches Phänomen. Sie konnte erst mit dem Privateigentum in Erscheinung treten. Folglich kann sie auch nur zusammen mit dem Privateigentum bzw. mit Privatinteressen wieder verschwinden. Sie konnte sich auch erst dann zur Triebkraft entwickeln, als Waren hergestellt und getauscht wurden. Daraus entsteht das Interesse, möglichst viel für den Verkauf seiner Ware zu verlangen bzw. überschüssiges Geld möglichst teuer zu verleihen. Aus all dem ergibt sich Ungleichheit des Besitzes. Gier hat also eine bestimmte Stufe der Entwicklung der Produktion von Waren für Märkte zur Voraussetzung und wird nur zusammen mit dieser verschwinden können.

Gier auf der Basis des Kapitalismus abschaffen – Utopismus

Die Steinmeiers, Merckels und Sommers dieser Welt dagegen wollen die Abschaffung der Gier auf der Basis der Bedingungen, die sie erzeugen. Sie wollen Privateigentum und Warenproduktion ohne Gier. d.h. sie wollen, dass Kreise quadratisch sind. Sie wollen den Kapitalismus, aber nicht seine notwendigen Folgen. Sie sind gewissermaßen Vertreter eines utopischen Kapitalismus.

Dieser hat heute wesentlich mehr Anhänger als der utopische Sozialismus. Man stellt sich einfach einen Kapitalismus ohne Gier und Spekulantentum vor. Dann hätten wir auch keine Krisen mehr. *»Die aktuelle Krise ... ist von Grund auf das Ergebnis der Ideologie einer zügellosen Marktwirtschaft. »Mehr Rendite, schnellere Rendite, höhere Rendite« »schleichend zum überwiegenden Credo des wirtschaftlichen Handelns.«* *»Die grenzenlose Profitgier ... darf nicht weiter die Wirtschaft bestimmen. Diese Ideologie ist gescheitert.«* So die IG Metall.

Im Maiaufruf heißt es: *»Der DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften fordern ein grundlegendes Umdenken in der Gesellschaft. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht den Spekulanten. Um die nächste Spekulationsblase zu verhindern, müssen Zockern und Spekulanten klare Grenzen gesetzt werden«*. Diese Ermahnungen sind so alt wie die kapitalistischen Krisen selbst.

Mäßigungspredigten verhindern Krisen nicht

1857 brach die erste Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus aus. Die TIMES, das Organ des Londoner Finanzkapitals, schrieb damals: *»Das Gift wird eingeflößt, indem man Banden hemmungsloser Spekulanten ... zu Musterexemplaren erfolgreichen ... Unternehmmergeistes erhebt, so dass das Vertrauen in das langsame Reichwerden vermöge ehrlichen*

Fleißes erschüttert wird« (zitiert nach MEW 12, 335). Das hätte auch von Sommer und Huber gesagt werden können, nur nicht so altertümlich. Die IG Metall tritt wie die TIMES von 1857 für das langsamere Reichwerden ein, den langfristigen Profit anstelle des schnellen Geldes, die Zügelung des Investmentbankers zugunsten des ehrlichen Kreditgebers. Wie die TIMES früher kämpft auch der DGB von heute gegen Spekulation als Ursache der Krise. Profit ja, aber bitte ohne Gier und ohne Spekulation, heißt die Devise.

Wenn die grenzenlose Gier nur eine falsche Ideologie, eine bescheuerte Idee wäre, könnte man Krisen vermeiden, indem man *»umdenkt«* und die Ideologie der grenzenlosen Gier durch ein *»neues Gesellschaftsmodell«* (metall 5/2010, 8) ersetzt, das Modell der begrenzten Gier. Wenn das gegenwärtige Wirtschaftssystem nur ein Modell ist, kann man es durch ein anderes ersetzen, so wie man überholte Automobile durch modernere ersetzen kann.

Die Ermahnung, endlich langsamer reich werden zu wollen, begleitete alle Krisen des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Wirkung war und ist gleich Null. Kapitalistische Krisen waren und sind Teil eines von Ermahnungen unabhängigen Konjunkturzyklus, in dem auf jeden Aufschwung die nächste Krise folgte, wenn nicht gerade ein Weltkrieg dazwischen geschoben wurde. Unbeeindruckt von Mäßigungspredigern steuert die Wirtschaft schon auf die nächste Krise zu. Und die fassungslosen Prediger rufen: Guck mal, sie zocken weiter wie vor der Krise. Ja, was sollen sie denn sonst tun, als weiter Profit machen zu wollen? Das Kapital ist in dieser Hinsicht absolut unbelehrbar. Die Produktion von Krisen entspricht seiner Natur. Aber die Sommers und Hubers predigen den Löwen wieder und wieder, sie sollten Vegetarier werden. Man soll ja nicht immer jammern, die Dinge positiv sehen und die Hoffnung nicht aufgeben. Aber: *»Gerade das wiederholte Auftreten von Krisen in regelmäßigen Abständen trotz aller Warnungen der Vergangenheit schließt ... die Vorstellung aus, ihre letzten Gründe in der Rücksichtslosigkeit einzelner zu suchen«* (Karl Marx, Die Handelskrise in England, (1857) MEW 12, 336).

Gier und Spekulation sind Blüten, die von der Kapitalverwertung hervorgerufen werden. Sie begleiten den gesamten Konjunkturzyklus und verstärken seine Ausschläge nur. Noch ein Zitat aus der Mottenkiste des 19. Jahrhunderts, ein Zitat des vollkommen überholten Karl Marx: *»Die politischen Ökonomen, die vorgeben, die regelmäßigen Zyklen von Industrie und Handel durch die Spekulation zu erklären, ähneln der jetzt ausgestorbenen Schule von Naturphilosophen, die das Fieber als den wahren Grund aller Krankheiten ansahen«* (MEW 12, 336). Die ausgestorbenen Ideen der Naturphilosophen sind in anderer Form aus ihren Gräbern auferstanden. Es wird Zeit, sie wieder dahin zurückschicken.

Streben nach höherer Rendite – langfristig erfolglos

Sehen wir uns das Streben nach immer höherer Rendite mal näher an. Ab welcher Rendite setzt die Grenzenlosigkeit der Gier ein? Üblicherweise werden als Beispiel für grenzenlose Profitgier die 25 Prozent Eigenkapitalrendite angeführt, die die Deutsche Bank als *»Credo«* anstrebt. Der Vizechef der SPD-Bundestagsfraktion, Poß, nennt das einen Skandal und alles regt sich darüber auf.

Diejenigen, die das Streben nach immer höherer Rendite beklagen, machen sich jedoch nicht die geringste Mühe, die reale Entwicklung der Renditen zu untersuchen. Das würde zu weit gehen. Die Eigenkapitalrendite der Großbanken in Deutschland betrug nach Angaben der Bundesbank zwischen 1994 und 2000 im Durchschnitt 13,41 Prozent, von

2000 bis 2008 aber nur noch 4,18 Prozent. Die Krise von 2001 bis 2004 hat gewaltige Verluste erzeugt, Verluste, die auch durch das versammelte Zockertum von 2005 bis 2007 nicht mehr aufgeholt werden konnten.

Das Niveau der Bankrendite ist international auf lange Sicht gefallen, weil das Niveau der Zinsen, der Haupteinnahmequelle der Banken, aufgrund des riesigen Überschusses an Kapital gesunken ist. Deshalb stieg auch die Notwendigkeit der Spekulation. Das Streben nach höherer Rendite war also erfolglos. Wie aber konnte es dann überhaupt zu Krisen kommen, die doch angeblich durch das Streben nach »immer höheren Renditen« hervorgerufen sein sollen? Es war eher so, dass die Schöpfung windiger Wertpapiere, die auf Krediten beruhen und ohne Eigenkapital generiert werden konnten, eine verzweifelte Reaktion auf den Fall der Bankrendite war. Mehr dazu in meiner Broschüre »*Sie kriegen den Karren nicht flott ...*« (www.klartext-info.de).

Die Eigenkapitalrenditen der Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Deutschland waren übrigens in den genannten Zeiträumen höher als die der Großbanken. Waren sie gieriger als die Großbanken und damit schuldiger? Aber sie gelten doch als Vorbild für alle Anhänger des Mittelstandes und der Linken, weil sie der Wirtschaft dienen und sie angeblich nicht dominieren.

Was aber sollen wir erst zur Profitgier der Realwirtschaft sagen, die gemessen an den lächerlichen 25 Prozent der Deutschen Bank wirklich grenzenlos scheint? Die Industrieunternehmen wiesen zwischen 1994 und 2007 eine durchschnittliche Eigenkapitalrendite von 32 Prozent auf.

Die Profitgier, obwohl zweifellos vorhanden, erklärt überhaupt nichts, ist als Erklärung nur Ausdruck der vorherrschenden Oberflächlichkeit, des allgemeinen Stumpfsinns, der sich mit Brosamen von Erkenntnis zufrieden gibt.

Noch einmal zu den Ursachen der jetzigen Krise

Noch einmal zu den Ursachen der jetzigen Krise. Worin bestehen sie, wenn es nicht die immer gieriger werdende Gier ist? Sehr grob vereinfacht kann man sagen:

1) Jedes Einzelkapital will sich im Interesse seiner jeweiligen Eigentümer maximal vermehren. Es dehnt deshalb seine Produktion bzw. die Vergabe von Krediten möglichst weit aus, weil mit der Masse der Waren und der Kredite auch die Profitmasse steigen kann.

2) In der Konkurrenz der Einzelkapitalien untereinander kann der am besten bestehen, der mit möglichst wenig Arbeitskraft zu möglichst geringen Löhnen möglichst viele Waren auf den Weltmarkt wirft, dessen Produktivität also die höchste ist. Auf diese Weise werden immer mehr Arbeitskräfte überflüssig bzw. nur noch zeitweise oder teilweise beschäftigt. Das Überangebot an Arbeitskraft drückt notwendigerweise die Löhne.

Die Produktivitätsentwicklung unter der Regie des Kapitals muss also dazu führen, dass die Konsumtionskraft der Masse hinter der Produktion zurückbleibt. Es entstehen periodisch Überkapazitäten, siehe Automobilindustrie, die in Krisen mitsamt dem Personalbestand abgerissen werden. Die Kapazitätsauslastung der Industrie lag 2009 bei 72,8 Prozent statt 86,5 Prozent in 2008.

Krisen ohne Kapazitätsabbau und Entlassungen können sich nur Träumer vorstellen. Die Lohnabhängigen können nur versuchen und sie tun es auch, sich so teuer wie möglich zu verkaufen. Wenn sie es versuchen, sollten sie nicht aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden, wie es alternativen Betriebsräten in drei Daimler-Betrieben gerade zu ergehen droht, während der geschätzte Kollege Hartz, der Schöpfer von Hartz IV, immer noch als Mitglied der »Wergemeinschaft« (Huber) IG Metall erwünscht ist.

Zurück zu den Krisenursachen:

Bankkredite ermöglichen es, den Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion auf einer höheren Stufe zu reproduzieren. Mit Krediten kann die Produktion von Gütern (z.B. Immobilien, Autos usw.) weit über das ansonsten mögliche Maß ausgedehnt werden. Dasselbe trifft auf die Konsumtionsfähigkeit von Lohnarbeitern zu. Die Finanzkonzerne erhöhen mit der Kreditvergabe auch die Geldmenge, die die Zentralbank zur Verfügung stellen muss. Der letzte Aufschwung wurde als robust bezeichnet.

Dennoch fällt die jetzige Krise umso tiefer aus, weil der Aufschwung mit dem Viagra der Kredite gedopt war. Kredite, die nicht mehr rückzahlbar sind oder deren Sicherheiten entwertet wurden, müssen nämlich abgeschrieben werden. Es sei denn, Staaten versuchen das zu verhindern, wie zur Zeit in der EU, und büden die Last im Interesse der Gläubiger dem duldsamen Volk auf.

Wir müssten verlangen, dass alle Verluste, die die Gläubigerbanken auf den Staat abgewälzt haben, in vollem Umfang über eine Bankenabgabe von allen Banken übernommen werden. Der Staat soll keine Versicherung für Profitmacher sein. Die Bundesregierung jedoch lehnt es ab, dass die Banken für die jetzige Krise haften und faselt davon, dass über eine lächerliche Bankenabgabe von einer Milliarde Euro jährlich die Folgen der nächsten Finanzkrise von den Banken selbst getragen werden sollen.

Auch wenn die Eigentümer des Kapitals total bescheiden wären, sich also alle wie Kleineigentümer verhalten würden, würden die kapitalistischen Produktionsverhältnisse Krisen erzeugen. Sie sind eine Folge des Privateigentums an Produktions- und Finanzmitteln, eine Folge der Warenproduktion, eine Folge des Zwangs für jedes Kapital, bei Strafe seiner Verminderung oder Vernichtung, sich in Konkurrenz zueinander zu vermehren.

Die Gier als Ursache von Krisen anzusehen ist also schlichter Quark. Auf der selben Stufe steht das Gegenstück, die Krise sei eine Folge dessen, dass die Gier vom Staat nicht genug gezügelt, sondern gefördert worden sei. Bisher sind Krisen in kapitalistischen Ländern im Großen und Ganzen unabhängig von den Parteibüchern der Regierungsmitglieder ausgebrochen.

Die Gier der Lohnabhängigen

Die menschliche Gier als letzte Ursache der Krise anzusehen, hat für die Vertreter des Kapitals einen wesentlichen Vorteil. Wenn alle Menschen gierig sind, sind auch alle Menschen an der Krise schuld, denn jeder, wenn er Bankmanager wäre, würde genauso handeln. Krisen gelten also als alternativlos, weil alle Menschen – und damit keiner – schuld sind.

Merkwürdigerweise hätte aber die Gier der Lohnabhängigen nach mehr Kohle, wenn es sie denn geben würde, positive Folgen. Wenn Lohnabhängige, getrieben von ihrer Gier nach Urlaub, der Gier nach einer anständigen Wohnung und der Gier nach einer guten Versorgung für ihre Kinder, sich Lohnerhöhungen von 10 bis 15 Prozent in heftigen Auseinandersetzungen erkämpfen würden, würde ihre Kaufkraft steigen. Dieselbe Wirkung hätte die Gier nach Arbeitszeitverkürzungen, vor allem die Durchsetzung des Sechsstudentags, der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Die Profite würden sich vermindern und in geringerem Maße für windige Finanzgeschäfte zur Verfügung stehen. Der Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion würde etwas weniger tief sein. Der Überproduktion an Waren würde entgegen gewirkt, der Ausbruch der Krise vielleicht verzögert und ihr Verlauf abgemildert. Die Gier hätte also positive Folgen. Aber die Lohnabhängigen, vor allem aber die Sozialpart-



ner in Gewerkschaftsführungen und Betriebsräten sind ja eher bescheiden statt gierig und arbeiten damit daran, den Ausbruch von Krisen zu beschleunigen und Krisen zu vertiefen. Wenn ein lächerlicher gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro gefordert wird und 7,50 Euro auch noch als ein anständiger, fairer Lohn für ein gutes Leben gelten, kann man wirklich nicht von einem Interesse an der Steigerung der Kaufkraft reden.

Im Übrigen geht es bei Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn oder überhaupt nach höheren Löhnen nicht um Gier, sondern darum, dem entgegenzuwirken, dass das Lohnniveau mehr und mehr unter die notwendigen Unterhaltungskosten der Ware Arbeitskraft fällt. Es geht darum, dass man sich angesichts wachsender Produktivität und ständig neuen Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung nicht mit immer weniger abspesen lassen will. Von der Gier nach Scheinern kann bei Lohnkämpfen keine Rede sein. Auch die Bereitschaft, Bedürfnisse, die von dieser Ökonomie erzeugt werden, auf Kreditbasis zu befriedigen, zeigt weniger die Gier an, als den Umstand, dass das Lohnniveau oft nicht für das Notwendigste reicht. All das bedeutet natürlich nicht, dass es keine Gier bei Lohnabhängigen gibt. Der aufwendige Lebensstil der Upper Class verführt zur Nachahmung, auch wenn man sich den BMW eigentlich nicht leisten kann. Aber wie bescheiden auch immer das Kapital und wie »gierig« auch immer die Lohnabhängigen sind, Krisen können dadurch nicht verhindert, sondern höchstens abgemildert werden. Privateigentum, Warenproduktion und Kapitalverwertung sind es, die die Krise erzeugen.

Es sind im Wesentlichen sachliche Bedingungen der Produktionsverhältnisse, die die Krisen erzeugen, nicht persönliche, asoziale Verantwortungslosigkeit. Selbst wenn bestimmte Finanzprodukte verboten würden, Investmentbanker mit Ackermann an der Spitze im Gefängnis säßen, würde das die nächste Krise nicht verhindern. Unter kapitalistischen Bedingungen schlägt die Summe

des Handelns für private Profitzwecke eben wie ein unbeherrschbares Naturereignis auf die Menschen zurück. Das gilt auch, wenn kapitalistische Betriebe in Staatseigentum sind oder wenn einzelne Betriebe in die Hände sich selbst verwaltender Belegschaften übergehen würden.

Die Menschheit hat noch nicht die Stufe der Entwicklung erreicht, auf der sie ihre Geschichte mit vollem Bewusstsein gestaltet, in der sie also die Ziele auch erreicht, die sie erreichen will. Wir leben noch im Stadium der Unfreiheit und der Anarchie. Personen können aber insoweit für schuldig erklärt werden, als sie dafür eintreten, die Bedingungen für Krisen aufrecht zu erhalten.

Neues Krisenpotential baut sich auf

Meines Erachtens baut sich ein neuer Vulkanausbruch der Weltwirtschaftskrise auf. Die überraschend schnelle konjunkturelle Erholung hat als Ursache vor allem die Explosion der Staatsschulden, gefördert durch zur Zeit noch niedrigste Zinsen. Die USA und Japan finanzieren die Hälfte ihres Staatshaushalt mit Krediten. Die USA sind laut Roubini ein größerer Gefahrenherd als Griechenland und Japan wird von der Financial Times Deutschland als »Hellas Asiens« bezeichnet. Die Wachstumsraten Chinas, der neuen Lokomotive der Weltwirtschaft, beruhen darauf, dass 2009 die Bankkredite von 500 Mrd. Dollar auf 1.000 Mrd. Dollar verdoppelt wurden und China Hunderte Milliarden für Konjunkturprogramme ausgeworfen hat. Wenn hier die Kredit- und Immobilienblase platzt, dann gute Nacht.

Die Europäische Union liegt auf der Intensivstation. Sie besteht aus einem Sammelsurium an Volkswirtschaften mit völlig unterschiedlicher Produktivität. So wie schwächere Firmen im nationalen Maßstab untergehen, gehen schwächere Volkswirtschaften im internationalen Maßstab unter. Die produktivste Wirtschaft der EU, die deutsche, konkurriert mit dem Euro im Rücken alle anderen nieder. Das hat Handelsbilanz- und Haushaltsdefizite erzeugt, die die Verschuldung von Staaten, Unternehmen und Privaten hochtreiben, was ebenfalls Profitquellen für das deutsche Finanzkapital erschloss. Die Vorteile, die das deutsche Kapital über viele Jahre aus dem Euro gezogen hat, kehren sich nun um. Deutschland, der Hauptprofiteur von EU und Euro, muss nun die Wunden versorgen, die es selbst geschlagen hat. Staatsbankrotte von niederkonkurrierten Euro-Staaten können nur solange vermieden werden, als sich Kreditgeber finden, die neue Kredite vergeben, damit alte Kredite zurückgezahlt werden können. Da sich private Kreditgeber immer weniger finden, zahlen jetzt die Staaten. Das wird die Staatsschulden Deutschland weiter aufblähen. Wie lange funktioniert das?

Auch 100 Mrd. Euro seitens der Staaten der EU führen nicht dazu, dass Griechenland sie jemals wieder zurückzahlen kann. Der Abschreibungsbedarf in Europa wird riesig sein und damit die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Völker Europas.

Die Krise der EU zeigt, dass der Liberalismus mausetot ist. Die deutschen, französischen usw. Gläubiger des griechischen Staates haben mit Eigenverantwortung wie immer nicht das Geringste im Sinn. Sie wollen nicht für ihre Geschäfte haften. Sie brüllen geradezu nach dem Staat, der ihre Kredite absichern soll. Anders lautende Forderungen werden als Populismus bezeichnet. Wer an das Volk denkt, gilt den herrschenden Demokraten schon fast als verrückt. Die Interessen des Volkes vertreten zu wollen kommt für die Herrschenden nicht in Frage. Ihr Völkchen wird durch Bankmanager repräsentiert. Nicht sie sollen auf Forderungen verzichten, sondern wir. Wir sehen das genau umgekehrt ...

Hanauer Innenstadt »sanierung«

Im Jahr 2001 begann der Magistrat der Stadt Hanau, öffentliche Einrichtungen z.B. des Nahverkehrs und der Energieversorgung zu privatisieren. In den folgenden Jahren unternahm er weitere Schritte in diese Richtung, die aktuell dazu führten, im Rahmen des »Wettbewerblichen Dialogs« weite Teile der Innenstadt zum Verkauf an Privatinvestoren freizumachen.

Die kommunale Strukturpolitik befindet sich gegenwärtig im Zustand der Unterfinanzierung bzw. Ausplünderung durch eine kapitalfreundliche Steuer- und Sozialpolitik aller Regierungskoalitionen der letzten beiden Jahrzehnte. Die in den Rathäusern amtierenden Parteien versuchen in der Regel, diese Problemlage durch am Markt orientierte Ausgliederungs- und Privatisierungsstrategien zu bewältigen. Es ist davon auszugehen, daß dies nicht gelingen kann, nicht für die Stabilität der kommunalen Haushalte, schon gar nicht für die Menschen, die aufgrund ihrer sozialen Lage auf öffentliche Dienst- und Vorsorgeleistungen angewiesen sind. Von daher ist es notwendig, a) weiteren Privatisierungen Widerstand entgegenzusetzen, b) die Wiedereingliederung, also Rekommunalisierung bereits veräußerter Einrichtungen zu fordern.

In der April-Ausgabe der Gewerkschaftszeitung »ver.di-Publik« schreibt der bekannte oppositionelle Privatisierungsexperte Werner Rügemer zur derzeitigen Lage: *»Bei aller möglichen Miß- und Klüngelwirtschaft in den Kommunen ist unbestreitbar: Ihre strukturelle Verschuldung wurde und wird durch die Bundesregierungen verursacht, in zweiter Linie durch die Landesregierungen. Beginnend mit der deutschen Vereinigung, dann insbesondere seit etwa dem Jahr 2000 folgten die Bundesregierungen dem neoliberalen Muster: Neben der Aufwertung der Großbanken und der Export- und Energiekonzerne gehört dazu die Abwertung des öffentlichen Dienstes und der Kommunen, während der Zentralstaat ausgebaut wurde. Allein die Steuergesetzgebung der schwarz-roten Bundesregierung seit 2005 bringt den Kommunen bis 2013 einen Verlust von knapp 20 Mrd. EUR. Und allein die ersten Steuersenkungen der neuen schwarz-gelben Regierung seit Anfang 2010 ... führen zu jährlichen Verlusten der Kommunen von 1,6 Mio. EUR.«* Hier wäre in der gebotenen Kürze dieser Ausführungen natürlich auch an die Steuersenkungspolitik der Regierung Schröder/Fischer zu erinnern, die bspw. schon im Aufschwungjahr 2000 massiv die Steuersätze für Einkommen- und Körperschaftsteuer gesenkt hat, Unternehmensverkäufe von Steuerpflichtigen freigestellt etc. Aktuell kommen durch die gegenwärtige Krise verursachte Verluste bei den Steuereinnahmen hinzu: 2009 sanken die kommunalen Einnahmen um etwa 3,6 Mrd. EUR auf 171,3 Mrd. EUR, während die Ausgaben um 8,5 Mrd. EUR auf 175,75 Mrd. EUR stiegen. Mit der Einrichtung der sogenannten »Schuldenbremse« im Grundgesetz wird in den nächsten Jahren noch zusätzlicher Druck hinzukommen, der momentan noch gar nicht einzuschätzen ist. Zusammen mit den Maastricht-Kriterien ist dies ein massives Druckmittel, das die Herrschenden gegen kommende Sozialproteste bereitstellen.

In dieser Lage haben wir es heute mit einem Leitbild von Kommunalpolitik zu tun, in dem Qualität und Versorgungssicherheit eines breiten Angebots öffentlicher Dienstleistungen in den Hintergrund tritt gegenüber betriebswirtschaftlicher Effizienz. Der vorherrschende Trend ist, die kommunalen Einrichtungen selbst an Marktbedingungen anzupassen (z. B. »doppische Buchführung«), sie

formalrechtlich zu privatisieren (sie dadurch aus dem regulären Haushalt und/oder dem Tarifrecht des öffentlichen Dienstes auszugliedern) oder gleich ganz zu verkaufen und die Erledigung kommunaler Aufgaben profitorientierten Unternehmen zu überlassen, die mit Billiglöhnen arbeiten, aber in der Preisgestaltung oftmals nicht billiger sind. Auf die einzelnen Erscheinungen von Privatisierung kommunaler Einrichtungen wie PPP (Public Private Partnership), Cross-Border-Leasing etc. ist hier nicht eingegangen.

Erfreulicherweise sind in letzter Zeit aber auch Rekommunalisierungen festzustellen, d.h. die Gemeinde kauft den Betrieb zurück, um die Versorgung in eigener Regie wieder sicherzustellen. Alternativ besteht ja auch die Möglichkeit, eine bessere Finanzausstattung zu fordern und diese durch Reformen abzusichern, die den Bedarf der in den Kommunen lebenden Menschen abdecken, nicht die Profitinteressen der Unternehmen. Die Kommunen tragen zur Verschuldung aller öffentlichen Ebenen nur ca. 10 Prozent bei, doch die Auswirkungen auf die BürgerInnen sind groß und direkt spürbar, weil sie einen großen Teil der öffentlichen Infrastruktur betreiben: Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Nahverkehr, Grünanlagen, Schwimmbäder, Bibliotheken, Krankenhäuser, Schulen, Kindertagesstätten usw.

Privatisierung in Hanau

In Hanau wurde die Privatisierungspolitik durch den Magistrat seit 2001 vorangetrieben. Der Anlaß hierfür war nicht zuletzt der Druck der Haushaltsüberwachung seitens des Darmstädter Regierungspräsidiums, der staatlichen Aufsichtsbehörde. Bestimmte Ämter, Fachbereiche und Eigenbetriebe wurden formal in GmbH's umgewandelt. Daraus entstand durch Verschachtelung schließlich ein Gebilde, das als »Beteiligungs Holding Hanau GmbH« geführt und ideologisch gern als »Konzern Stadt Hanau« bezeichnet wird. Solche Beteiligungen sind u.a.: 1. die Baugesellschaft, deren Töchter Hanauer Parkhaus GmbH und Hanauer Märkte GmbH; 2. die Hanauer Straßenbahn (HSB); 3. die Stadtwerke Hanau; 4. verschiedene Beteiligungen, z.B. Comedienhaus Wilhelmsbad, Technologie- und Gründerzentrum Hanau GmbH, verschiedene Baugenossenschaften, Volks- und Raiffeisenbank Hanau.

Im Jahre 2004 fand die Auseinandersetzung um die Rechtsumwandlung des Grünflächenamtes, des Eigenbetriebes Kindertagesstätten, des städtischen Einkaufs und des Klinikums in GmbH's statt. Kerngruppe des Protestes gegen diese Maßnahmen war seinerzeit das frisch gegründete Hanauer Sozialforum, das aus einer Vielzahl aktiver linken Gruppen und Einzelpersonen (z.B. GewerkschaftlerInnen, Attac, Erwerbslose, DIDF, Antifa, Migrantengruppen, Grüne, Linke, DKP) bestand. Es führte eine ganze Reihe öffentlicher Veranstaltungen durch, die zunächst auch gut besucht waren, und Infostände in der Innenstadt, machte Pressearbeit, und schrieb einen Offenen Brief an den Magistrat. Die Öffentlichkeitsarbeit des Sozialforums reichte jedoch nicht, Gegenbewegung zu mobilisieren, und der Vorschlag eines Bürgerbegehrens konnte nicht umgesetzt werden. Am 27. September 2004 beschloß das Stadtparlament die Rechtsformumwandlung der betroffenen Betriebe. Entscheidend für diese Niederlage dürfte die Bereitschaft der Gewerkschaft ver.di – d.h. des Bezirksvorstandes und der im Bereich der Stadt Hanau arbeitenden Funktionäre und Gewerkschaftsmitglieder – gewesen sein, die Strategie



des Magistrats mitzutragen, zumindest sich nicht aktiv dagegen zu stellen.

Der »Konzern Hanau« dient den Zwecken der Ausgliederung aus dem im engeren Sinne kommunalen Haushalt und der Tariffucht (Beispiel: Fahrgesellschaft, in der Busfahrer unterhalb der Tarifbedingungen des öffentlichen Dienstes eingestellt und an die HSB »ausgeliehen« werden). Damit ist der Forderung der staatlichen Aufsichtsbehörde nach einem genehmigungsfähigen Haushalt offenbar Rechnung getragen. Erklärtes Ziel der in der Hanauer Kommunalpolitik führenden SPD ist dabei, diesen Konzern im Eigentum der Stadt zu halten. Das Problem besteht darin, daß sie hierfür auf Wettbewerbsfähigkeit und betriebliche Rationalisierung setzt. Dabei schwankt der Hanauer Kurs zwischen dem Versuch, die privatisierten Betriebe der Marktkonkurrenz frei auszusetzen (Ausschreibungsmodell), oder sie auf Auftragserfüllung im Stadtbereich zu beschränken (»In-House-Konzept«). Im April 2006 schrammte die HSB an einer existenzbedrohenden Krise knapp vorbei, wurde zur GmbH herabgestuft, verkleinert und auf das In-House-Konzept (nur noch innerstädtische Buslinien zu betreiben) verpflichtet.

Nach Presseberichten betrug der Bilanzverlust für die Beteiligungsholding im Jahr 2008 satte 5,8 Mio. EUR, im Jahre 2009 erneut 5,9 Mio. EUR (Bilanzsumme ca. 437 Mio. EUR). Im Januar 2010 wurde davor gewarnt, daß bei anhaltenden Verlusten die Holding in sechs Jahren Insolvenz anmelden müsse. Im städtischen Haushalt sieht es nicht besser aus: Nach vorübergehender Entlastung in 2007 und 2008 wurde im Krisenjahr 2009 eine Deckungslücke von 70 Mio. EUR im städtischen Haushalt ausgemacht. Die Einnahmen aus Gewerbe- und Einkommensteuern seien deutlich stärker eingebrochen als erwartet, erklärte der Magistrat. Es drohen nun eine allgemeine Haushaltssperre, Einsparungen bei den Energie- und Verwaltungskosten quer durch alle Ämter, Eigenbetriebe und Gesellschaften sowie spezielle Maßnahmen wie z.B. ein »Sanierungstarifvertrag« am Klinikum.

Zur Innenstadtsanierung

Diese Ausführungen sollten verdeutlichen, welchen Weg die Stadt seit der Androhung der staatlichen Zwangsverwaltung 2001 gegangen ist. Die kommunalpolitische Führung mag subjektiv ehrlich der Illusion aufgesessen sein, daß ihr dieser Weg der Konsolidierung gelingen könnte, egal auf wessen Kosten er geht. Einmal auf der schiefen Bahn der Privatisierung angelangt, geht es aber jetzt immer schneller. Die Radikalprivatisierung durch das im folgenden zu beschreibende Verfahren des »Wettbewerblichen Dialogs« (WeDi) ist die logische Konsequenz des Desasters im städtischen Haushalt und in der Beteiligungsholding;

sie wird soziale Verwüstungen hinterlassen, wenn nicht eine grundsätzliche kommunalpolitische Wende durchgesetzt werden kann, die die Plünderung der öffentlichen Haushalte durch kapitalfreundliche Steuerpolitik und die einseitige Fixierung auf betriebswirtschaftliche Effizienz beendet.

Der WeDi bezeichnet ein auf neu geschaffenem EU-Recht basierendes Auswahlverfahren, mit dem kommunale Investitionsaufgaben, die als in besonderem Maße komplex gelten, an einen privaten Unternehmer vergeben werden sollen. Das Verfahren läuft etwa so: Zunächst konzipiert die Stadtverwaltung den Auftrag – z. B. Umbau der Innenstadt – und schreibt diesen aus. Mit den Bewerbern – im Hanauer Fall ursprünglich sieben – beginnt dann der Dialog, in dessen Verlauf Stadt und Auftragsbewerber ihre jeweiligen Vorstellungen präzisieren und abstimmen. Am Ende wählt das Stadtparlament ein Konzept aus und überträgt die Aufgabe an das als Sieger hervorgegangene Unternehmen.

In Hanau ging es dabei um die Umgestaltung der gesamten Innenstadt entlang der fünf zentralen Plätze Schloßplatz, Altstädter Markt, Freiheitsplatz, Marktplatz und Wallonisch-Niederländische Kirche. Das Gesamtkonzept der Hanauer Stadtplaner lief auf den Versuch hinaus, die Investoren mit einem profitablen Filetstück anzulocken und ihnen im Gegenzug städtebauliche Maßnahmen aufzuhalsen, die nur teils kommerziellen, sondern mehr kulturellen und sozialen Zweck haben. Der Kern sollte darin bestehen, ein Einkaufszentrum am Freiheitsplatz zu bauen und anschließend zu betreiben. Das bedeutete die Privatisierung und kommerzielle Nutzung dieses Platzes; eine alternative Nutzung als Freizeit- und Erholungsraum war also ausgeschlossen. Zu den weiteren Anforderungen der Ausschreibung gehörten eine neue Stadtbibliothek, ein Brüder-Grimm-Center, neuer Standort für die Wetterauische Gesellschaft, Multiplexkino, Hotel und einiges mehr. Auch diese Einrichtungen sollten dann zumindest zu großen Teilen privat betrieben werden.

Verantwortlich für diesen Eifer beim Ausverkauf städtischen Bodens ist das Denken in Markt- und Konkurrenzbeziehungen. Einerseits fühlen sich KommunalpolitikerInnen und weite Teile des Hanauer Bürgertums in Konkurrenz gesetzt zu Städten wie Aschaffenburg, Fulda, Offenbach, Frankfurt, denen gegenüber Hanau ärmlich und unattraktiv erscheint. Sie klagen über zurückgehende Umsätze in der Stadt, was auch durch Gutachten belegt sei. Also soll Hanau als Wirtschaftsstandort, als Tagungsort und als Touristenziel (Brüder Grimm) interessanter werden. Andererseits ist die Kommune finanziell nicht handlungsfähig, um ihr Outfit aus eigener Kraft grundlegend umzukrempeln.

Besonders brisant ist aber auch die Gestaltung bisher vernachlässigter Wohnbereiche in der Altstadt und um die Französische Allee. Hier kommt das zweite Motiv der Stadtspitze zum Tragen. Hanau als gewachsene Arbeiterstadt ist von relativ niedrigem Einkommensniveau geprägt (amtliche Statistiken bestätigen das). Ältere Wohnbereiche, die bisher der städtischen Baugesellschaft gehören, sollen also neugestaltet bzw. abgerissen werden, damit an deren Stelle teure Wohnungen für zahlungskräftigen Mittelstand errichtet werden können. So soll ein »Bevölkerungsaustausch« im innenstadtnahen Bereich stattfinden, um mehr Kaufkraft in die Stadt zu locken und Hanau marktorientiert »nach vorne« zu bringen.

Der »Wettbewerbliche Dialog« im hier beschriebenen Sinne wird getragen von der Rathauskoalition (SPD, FDP, Grüne, BfH) und zwei sogenannten Oppositionsparteien (CDU, Rep). Hiergegen wehrten sich zunächst die Einzelhändler, weil sie übermächtige Konkurrenz befürchten müssen. Sie stellten ihren Protest aber sehr bald ein, weil sie von ihrem eigenen Selbstverständnis her gegen ein kapitalfreundliches Projekt keinen grundsätzlichen Widerstand entwickeln können. Die Gewerkschaft ver.di tut so, als ginge sie das Ganze nichts an. Real treten nur im Rathaus die Fraktion Die Linke, außerparlamentarisch das Sozialforum und der Mieterrat der Französischen Allee dagegen auf – mit Veranstaltungen, Infoständen, »Kritischen Stadtführungen«, Presseerklärungen.

Inzwischen ist der WeDi als Bieterverfahren abgeschlossen. Am 25. Mai entschied der Magistrat, dem Lübecker Investor HBB den Zuschlag zu erteilen; die Stadtverordnetenversammlung stimmte dem am 31. Mai mit entsprechender Mehrheit zu. Inzwischen ist klargestellt, daß HBB nicht im vollen ursprünglich geplanten Umfang investieren, sondern sich auf das Einkaufszentrum am Freiheitsplatz konzentrieren will. Kulturelle Einrichtungen wie das Brüder-Grimm-Center sind damit eben doch dem städtischen Haushalt überrantwortet, und angesichts der Finanznot der Stadt dürfte vieles davon nicht realisiert werden. Baubeginn am Freiheitsplatz soll Anfang 2011 sein.

Zukunft des Gewerkschaftshauses

Am Rande des vom WeDi-Verfahrens betroffenen Gebietes liegt das Gewerkschaftshaus. Es gehört den Gewerkschaften (der VTG Vermögensverwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH). Bis kurz vor Ende des WeDi-Verfahrens war davon auszugehen, daß das so bleibt, da die Stadt es ja nicht enteignen kann, sondern kaufen müßte.

Im Haus sind je eine Etage von den großen Gewerkschaften IG Metall, ver.di und IG BCE komplett belegt, den vierten und den fünften Stock teilen sich der DGB und einige kleinere Mietparteien. Anfang 2010 wurde aber bekannt, daß die IG BCE nach der kurz zuvor gebildeten Fusion des Bezirks Hanau mit Gießen einen der beiden Standorte aufgibt, nämlich Hanau. Damit wird eine Etage im Gewerkschaftshaus frei. Dies eröffnet Diskussionen über die Neuverteilung der Nutzung und Finanzierung des Hauses, die bislang intern geführt wird. Es werden erhebliche Umstrukturierungen vorgeschlagen, und die Einzelgewerkschaften wollen Geld sparen. In dieser Situation steht plötzlich auch ein Kaufangebot des Magistrats der Stadt Hanau an den DGB bzw. die VTG im Raum, mit dem die Stadt das WeDi-Gebiet praktisch abrunden könnte.

Das Gewerkschaftshaus mitten in einer durch den WeDi aufgemotzten Innenstadt dürfte manche VertreterInnen der Kommunalpolitik und des Bürgertums noch mehr stören als bisher. Die Gelegenheit möchten sie wohl nutzen, die gewerkschaftliche Präsenz im Zentrum zu beenden. Zu

fürchten ist, daß Gewerkschaften, die bisher gegen den Privatisierungs- und Kommerzialisierungsprozeß in der Innenstadt nichts einzuwenden hatten, auch in der Frage des DGB-Hauses einknicken könnten. Es geht um die Frage, ob betriebswirtschaftliche oder gewerkschaftspolitische Beweggründe die weitere Perspektive der DGB-Repräsentanz in Hanau bestimmen. Gegenwehr kommt nur langsam im Sozialforum und in Teilen der Hanauer Gewerkschaftslinken in Gang. Beim WeDi-Verfahren insgesamt wurde der Fehler gemacht, daß man vonseiten der Linken zu spät reagiert hat. Dies sollte sich hier nicht wiederholen.

Alternativen

Was sind die Alternativen? Aus Sicht des Sozialforums und des Mieterrates geht es darum, a) die Rechte der vom Verlust ihrer Wohnungen bedrohten MieterInnen zu verteidigen, b) die Gestaltung des Freiheitsplatzes völlig anders in die Diskussion zu bringen. Anstatt der kommerziellen Nutzung muß ein Ausbau als Erholungsraum für BürgerInnen und BesucherInnen der Stadt Hanau beginnen. Die Stadtspitze, die ständig nach Landes-, Bundes- und EU-Fördergeldern für ihre kommerziellen Pläne Ausschau hält, sollte dies mal für eine völlig andere Orientierung tun.

Wichtig, aber derzeit wohl kaum veränderbar ist die Positionierung der Gewerkschaft ver.di. Am 11. Mai führten das Sozialforum und der Mieterrat eine öffentliche Veranstaltung zum Thema PPP durch, die formal – nämlich durch Unterschrift unter die Einladung – auch vom ver.di-Bezirk Hanau unterstützt wurde. Ein/e Vertreter/in des örtlich zuständigen ver.di-Fachbereichs trat jedoch nicht auf, auch in der Diskussion bekannte sich niemand als ver.di-Mitglied oder Funktionär/in. Die Gewerkschaft hält unbeirrt an ihrem Comanager-Kurs im »Konzern Stadt Hanau« fest. Der bisherige Privatisierungsprozeß in Hanau hat gezeigt, daß ohne die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft nicht genügend Kraft zu entfalten ist, um dies zu stoppen.

Anstelle der Kapitalinteressen müssen die Belange der BürgerInnen in den Vordergrund gestellt werden. Da der Umbau unter dieser Vorgabe, damit eben aus öffentlichen Mitteln, für die Stadt nicht zu finanzieren wäre, müßte das Projekt als solches zunächst einfach gestoppt werden. Gegenwärtig ist das in Hanau und auf die Stadt beschränkt nicht realistisch. Erfreulicherweise sind in letzter Zeit aber auch Rekommunalisierungen festzustellen, d.h. die Gemeinde kauft den Betrieb zurück, um die Versorgung in eigener Regie wieder sicherzustellen. Beispiele hierfür gibt es in der ganzen BRD, branchenmäßig besonders in der Energieversorgung, also den Stadtwerken. Zwar sei es noch zu früh, von einem »Trend« zu sprechen, aber das Thema habe »Konjunktur«, stellte sogar die FAZ in einem Artikel vom 11. August 2009 fest. 31.5.2010 ■



Rainer Thomann dokumentiert und untersucht betriebliche Auseinandersetzungen in der Schweiz (Officina) und Italien (Innse) und greift auf weitere Erfahrungen zeitweise besetzter/selbstverwalteter Betriebe zurück. Und auf Konflikte, wo es soweit nicht gekommen ist, aus denen ebenfalls viel zu lernen ist.

140 Seiten, A5,
Gegen Voreinsendung von 5,00 EUR
in Briefmarken erhältlich über:
GFSa e.V.
Postfach 106426 · 20043 Hamburg
www.arbeiterpolitik.de

Konflikte um die Strategie des sozialen Protestes

Am 12. Juni kam es zu den lange angekündigten bundesweiten, auf Berlin und Stuttgart aufgeteilten Demonstrationen gegen die herrschende Politik des Sozialabbaus. Initiatoren waren die im Bündnis »Wir zahlen nicht für eure Krise« zusammengeschlossenen Gruppen und Aktiven aus Gewerkschaften, globalisierungskritischem Spektrum, Hartz-IV-Initiativen usw.

In Stuttgart, auf das sich dieser Bericht bezieht, kamen nach Schätzungen der Veranstalter über 20 000 Menschen zusammen – viel mehr, als man noch vor Wochen für möglich gehalten hätte, aber zu wenig, um in den Medien über den Tag hinaus beachtet zu werden und wirklich Druck machen zu können. Doch nicht dieses Zahlenspiel ist längerfristig interessant, sondern es sind die Auseinandersetzungen zwischen den Aktiven und ihren Organisationen über Ziele und Ablauf der Demonstration vor, während und nach der Aktion.

Die Hauptlinie des Konflikts lag zwischen dem Bündnis »Wir zahlen nicht für eure Krise« einerseits und der Gewerkschaft ver.di, speziell deren Landesbezirk Baden-Württemberg, andererseits. Daneben gab es Teilkonflikte jeweils innerhalb der Gewerkschaften und der außergewerkschaftlichen Protestbewegung, die in Wechselwirkung zu dem Hauptkonflikt standen. Schließlich gehören noch lokale Auseinandersetzungen dazu wie die um das Projekt »Stuttgart 21«, d. h. den radikalen und teuren Umbau des bisherigen Stuttgarter Kopfbahnhofs zu einem Tiefbahnhof unter den Straßen der Stadt.

Bereits im November 2009 (Aktionskonferenz Stuttgart) hatte das Bündnis den Termin 12. Juni 2010 für bundesweite Demonstrationen ins Auge gefasst. Eine starke Rolle spielten bereits damals führende Gewerkschafter von ver.di Baden-Württemberg wie Bernd Riexinger und Werner Sauerborn. Deren Politik läuft, auf den Punkt gebracht, darauf hinaus, Impulse aus der Protestbewegung aufzugreifen, in ihre innergewerkschaftliche Strategieformierung einzubringen und so die Gewerkschaft ver.di für kapitalismuskritische Positionierung zu öffnen. Die Kehrseite besteht bei ihnen darin, ihrerseits mit dem Gewicht des ver.di-Landesbezirks Baden-Württemberg (ebenso auch mit dem der Linkspartei) in der globalisierungskritischen und gegen Hartz IV gerichteten Szene ihre Interessen durchzusetzen. Zu Recht wird hierin eine Instrumentalisierung gesehen, die dazu führt, dass die außerparlamentarische und außerbetriebliche Bewegung an die Kette von gewerkschafts- und parteipolitischen Apparaten gelegt wird.

Regelmäßig macht sich so etwas fest an der Auswahl der RednerInnen für die Auftakt- und Abschlusskundgebungen. Auch diesmal wurde im Vorfeld scharf kritisiert, dass das Bündnis (zu dem auch die hier angesprochenen Gewerkschaftsfunktionäre gehören) die Kontrolle des Ablaufs an den DGB abgegeben habe. Zu den KritikerInnen gehören nicht nur linke, sich außergewerkschaftlich organisierende Gruppen wie Autonome, MLPD, das Rhein-Main-Bündnis u.v.a., sondern z.B. der »Stuttgarter Metallertreff«. In der Demonstration selbst machte sich der Unmut in handfesten Aktionen (z.B. Eierwürfe) gegen den Auftritt von SPD- und Grünen-RednerInnen fest. Die bisherigen Versuche, sich auf eine Gegenwehr gegen diese ständige, leider erfolgreiche Spaltungsstrategie zu verständigen, reichten nicht aus.

Ein Auszug aus einer Stellungnahme des Stuttgarter Metallertreffs soll verdeutlichen, worum es hier geht: »Wir halten es für ein politisches Unding, dass auf einer Demo

mit den Mottos »Wir bezahlen nicht für eure Krise« und »Nicht auf unserem Rücken« Parteien Redner stellen dürfen, die Hartz IV, Agenda 2010 und Rente mit 67 verbrochen haben. Bei keiner einzigen Sitzung des Krisenbündnisses wurde dies im Vorfeld diskutiert, geschweige denn beschlossen. Es war richtig, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion gnadenlos ausgepöfien und ausgebuht wurde und auch der Protest gegen die Grünen-Rednerin war voll berechtigt.«

Auf der einen Seite fehlt die Kraft, mit eigenen Mitteln immer wieder so etwas auf die Beine zu stellen wie die Anti-Hartz-Demonstration vom 10. November 2003 in Berlin. Auf der anderen Seite, im Kernbereich der Gewerkschaften, ist immer noch nicht hinreichend angekommen, dass die Politik gegen Ausgegrenzte dieser Gesellschaft, Ausweitung des Niedriglohnsektors und Sozialabbau gegen Erwerbslose auf den (schrumpfenden) Sektor der im »Normalarbeitsverhältnis« Beschäftigten zurückschlagen.

Für die Positionierung der Gewerkschaften in dieser Aktion ist ihre prinzipielle Haltung der sozialpartnerschaftlichen Mitverantwortung an der Sicherung der kapitalistischen Wirtschaft, der Profite und des sozialen Friedens ursächlich. Das braucht an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt zu werden, weil es ständiges Thema in dieser Zeitung ist. Aus dieser Grundhaltung erklären sich auch weitere Besonderheiten, z.B. das Auftreten des ver.di-Bundesvorsitzenden Bsirske auf der Abschlusskundgebung. Dies entsprach nicht unbedingt der regional bezogenen Taktik Riexingers. Im Moment führt ver.di bundesweit eine Kampagne unter dem Titel: »Gerecht geht anders«. Der Bundesvorstand wollte sich diese Gelegenheit der Werbung für diese Kampagne und der Vereinnahmung der Bewegung auch im Raum Stuttgart nicht entgehen lassen.

Ein weiterer Punkt auf dieser Linie war der Streit zwischen der IG Metall und dem Rest des DGB in Baden-Württemberg um die offizielle Teilnahme an der Aktion. Auch hierzu zitieren wir die Metaller aus Stuttgart: »Es ist für uns völlig unverständlich, dass die IGM im Landesbezirksvorstand des DGB einem von ver.di eingebrachten Antrag für die Teilnahme des DGB Landesbezirks an der Demo am 12. Juni abgelehnt hat. Spätestens jedoch nach der Bekanntgabe des Kürzungspakets der Merkel-Regierung waren die Erwartungen unter IGM-Betriebsräten, VL und Aktivisten gestiegen, dass die IGM mit zur Demo aufruft. Immerhin gab es die Initiative der IGM-Ortsverwaltung, das Zelt von der Aktion »Operation Übernahme« auf dem Marktplatz stehen zu lassen und/oder am Samstag eine Aktion zur Kampagne gegen Leiharbeit durchzuführen. Selbst dieser Ansatz musste durch das Eingreifen des Bezirksleiters zurückgenommen werden. Das widerspricht völlig unserem Verständnis innergewerkschaftlicher Demokratie. Erfreulicherweise haben auch ohne offiziellen Aufruf der IGM viele Kolleginnen und Kollegen aus der IGM an der Demonstration am 12. Juni in Stuttgart teilgenommen. Auch Verwaltungsstellen haben dazu aufgerufen. Es bleibt aber das ungute Gefühl, dass nicht die gesamte IGM hinter der Demo stand.«

Wie bereits erwähnt, waren auch die außergewerkschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen des Bündnisses »Wir zahlen nicht für eure Krise« keineswegs einig über eine gemeinsame Strategie. Dies zeigte sich bereits auf dem letzten Vorbereitungstreffen für die Stuttgarter Demonstration am 17. April in einem Raum des Wiesbadener Landtags (!). Dort setzten sich Positionen wie die von Riexinger und

dem Linkspartei-Abgeordneten Willi van Ooyen weitgehend durch. In der Folge gab es dann u.a. eine Kritik des »Rhein-Main-Bündnisses gegen Sozialabbau und Billiglöhne« am Aufruf. Dort hieß es z.B.: »Die Forderungen sind scheinradikal und idealistisch. Ihnen wird die Fähigkeit zugeschrieben, einen Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit und Lohndumping zu schaffen. Damit taucht hinterrücks wieder der «solidarische Kapitalismus» auf, der die Konkurrenz der Arbeitskräfte untereinander beseitigen kann, ohne den Warencharakter der Arbeitskraft abzuschaffen. ... Das Grundproblem, das zu Krisen führt, ist (jedoch) die unabwendbare Notwendigkeit für Kapital, sich durch Anlagen und Investitionen zu verwerten.«

23. Juni 2010 ■

■ FINNLAND

Streiks in der Lebensmittelindustrie

Wie in der Arpo 2/2010 berichtet, begann in der finnischen Lebensmittelindustrie Anfang April ein Arbeitskampf mit den Mitteln des Streiks und der Aussperrung,

Im Zentrum dieses Arbeitskampfes stand der Versuch der Eigner der Betriebe die Arbeitszeit der ArbeiterInnen den »liberalisierten« Öffnungszeiten im Handel, geöffnet auch am Sonntag, anzupassen. Der Arbeitstag sollte nach dem Willen der Kapitaleigner auf mindestens 10 Stunden und die wöchentliche Arbeitszeit auf 6 Tage ausgedehnt werden.

Nach drei zeitlich begrenzten Streiks sollten die Streikaktivitäten auf fast alle Betriebe der Lebensmittelindustrie ausgedehnt und ohne Zeitbegrenzung am 24. Mai eingeleitet werden. Doch unmittelbar vor Beginn des Streiks nahmen die Vertreter der Lebensmittelarbeitergewerkschaft SEL (Suomen Elintarviketyölä Liitto*1) und des Verbandes der Lebensmittelindustrie den vierten Einigungsvorschlag des staatlichen Schlichters an. Die Forderungen der Industrie wie 6 Tage Woche und 10 Stundentag sind vom Tisch. Die Entscheidung von Seiten der Gewerkschaft fiel dennoch mit 17 zu 16 Stimmen der Bevollmächtigten sehr knapp aus. Die Verhandlungen werden im Detail noch betrieblich geführt.

Begründung für das knappe Abstimmungsergebnis war aus den Quellen nicht ersichtlich, es ist jedoch anzunehmen, dass die Ursachen in der unterschiedlichen Betroffenheit der Branchen liegt. In den Bäckereien und Fleischfabriken z.B. kann man davon ausgehen, dass der Druck auf die Belegschaften nach arbeitszeitlicher Anpassung an den Handel sehr groß ist. Darüberhinaus kann man annehmen, dass gewisse Branchen viel stärker dem Druck von Importartikeln ausgesetzt sind, die dort beschäftigten ArbeiterInnen damit auch einem größeren Druck ausgesetzt sind.

Der Arbeitskampf

Eingeleitet wurde der Arbeitskampf der Mitglieder des Lebensmittelarbeiterverbandes SEL am 7. April durch einen dreitägigen Streik von 4500 ArbeiterInnen in zwölf Großbäckereien. Die Verhandlungen wurden unter der Leitung des staatlichen Schlichters ohne ein für die Gewerkschaft zufriedenstellendes Resultat wieder aufgenommen.

Durch einen zweiten dreitägigen Streik vom 21. bis zum 24. April wurde der Druck unter Einbeziehung einer größeren Anzahl von Betrieben erhöht. Etwa 9.300 KollegInnen

*1 SEL, eine Gewerkschaft mit insgesamt 36 000 Mitgliedern, davon 24 000 aktiv. Die SEL organisiert 80% der Beschäftigten der Betriebe der Lebensmittelherstellung.



in 60 Betrieben für Fleisch-, Bäckerei-, Fertigmahlzeit-, Süßwaren- und Fischprodukte hatten die Arbeit niedergelegt. Erneut wurde das Vermittlungsangebot des staatlichen Schlichters durch die Gewerkschaft abgelehnt.

Die Antwort des Verbandes der Lebensmittelindustrie bestand in der Einleitung einer bereits zuvor angedrohten dreitägigen Aussperrung, die jedoch nach 28 Stunden wieder beendet wurde. Die Aufhebung der Aussperrung wurde mit dem Argument, die Lebensmittelversorgung für den 1. Mai nicht zu gefährden, veranlasst. Tatsache jedoch ist, dass der Aussperrungsbeschluss des Dachverbandes ETL nicht durchgängig umgesetzt wurde und insbesondere kleinere Unternehmen sich diesem nicht anschlossen.

Die Produktion und die Zahlung von Löhnen war in 235 Betrieben eingestellt worden und betraf 18.000 Mitglieder der streikführenden Gewerkschaft.

In der Nacht zum 5. Mai gingen die Lebensmittelindustriearbeiter zum dritten Mal in den Streik. Die SEL hatte auch den dritten Vermittlungsvorschlag des staatlichen Schlichters Esa Lonka verworfen. Die Bevollmächtigten des SEL stimmten mit 25 : 5 gegen den Vorschlag. Das Abstimmungsergebnis weist auf Unstimmigkeiten auch auf Seiten der Gewerkschaft hin, so kam es zu einigen betrieblichen Abkommen. Der nun sechs Tage währende Streik wurde in gut 83 Betrieben mit 12 000 Beschäftigten durchgeführt, mit der Androhung der unmittelbar folgenden Ausweitung des Streiks auf alle Betriebe des Landes.

Intervention des Staates

Wie bereits bei den Streiks im Güter- und Busverkehr wurde die Ausweitung des Streiks nach rechtlicher Intervention des Arbeitsministeriums um maximal zwei Wochen verschoben. Diese Intervention hatte seine sachliche Begründung in dem Anwachsen des Schlachtviehs auf den Höfen der Bauern.

Doch auch während der folgenden Zwangspause im offiziell geführten Streik kam es zu lokalen eintägigen Arbeitsniederlegungen, die sich sowohl gegen den Versuch der Unternehmen richtete, durch Druck betriebliche Arbeitskräfte zum Streikbruch zu bewegen, als auch gegen den Versuch des Ausscherens einzelner Betriebe aus der Streikfront durch den Abschluss betrieblicher Vereinbarungen. Dieses lokale Agieren weist wie auch schon im Falle der finnischen Stauer auf ein ArbeiterInnenbewusstsein hin, das Streikbruch als die Todsünde für die ArbeiterInnenbewegung erkennt.

Reaktion der Öffentlichkeit

Im Gegensatz zum Streik der Stauer verhielt sich die Politik ruhig, auch die Presse übte sich nicht in Hetze, schweigt den Arbeitskampf eher tot. Lediglich vereinzelt wurde auf Hamsterkäufe hingewiesen, die jedoch von Augenzeugen nicht bestätigt wurden. Dieses mag eine vorläufige Lehre aus dem unbeeindruckten Verhalten der Gewerkschaft der

Stauer AKT und den zeitnahen Streiks im Einzelhandel, den Wachdiensten sein. Ein gewisser Eindruck über die Akzeptanz von Mittel des Streiks in der Bevölkerung ergibt sich aus einer von den Gewerkschaftsverbänden Akava, SAK und STTK in Auftrag gegebene Umfrage:

- Der Streik als Antwort auf Verschlechterung der Arbeitsbedingung und Verletzung der Regeln durch den Kapitalisten wird von 9 von 10 Finnländern bejaht

- 8 von 9 Befragten bejahen den Streik im Falle fehlender Übereinkunft.

- Etwas ablehnender im Vergleich zum Vorjahr waren die Befragten im Falle von Unterstützungstreiks und solchen Streikmaßnahmen, die auf die politische Beschlussfassung oder das Recht auf Streikmaßnahmen zielten.

Die lancierte Meinungsmache aus dem Unternehmerlager über die Notwendigkeit der Einschränkung des Streikrechts zeigte jedoch Wirkung.

- So verdoppelte sich die Zustimmung zu einer Begrenzung von Streiks gegenüber der Umfrage von vor drei Jahren auf 28 Prozent.

- Dennoch bestehen weiterhin 65 Prozent der Befragten auf der Beibehaltung der gleichen Streikrechte. Stand: 15.6.10 ■

■ IG METALL BERLIN

Kommission empfiehlt Ausschlüsse und Rügen gegen engagierte Gewerkschafter

Nachstehenden Text haben wir zum Vorabdruck von der SOZ erhalten und leicht überarbeitet und gekürzt.

Die vom Ortsvorstand der IG Metall Berlin eingesetzte Untersuchungskommission gegen eine zweite Metaller-Liste bei Daimler-Marienfelde fasste auf ihrer Sitzung am 25. Juni mit der Mehrheit des bestellten Vorsitzenden einen Beschluss, der dem Ortsvorstand empfiehlt die Kollegen von Daimler-Marienfelde Mustafa Efe, Martin Franke und die Kollegin Fehmiye Utku aus der IG Metall auszuschließen. Die anderen 15 Kandidaten der von ihnen gebildeten Liste »Alternative« sollen danach eine Rüge erhalten.

In einer ersten Sitzung der Kommission konnten die 18 »Angeklagten« sich zur Sache äußern. Über fast 5 Stunden formulierten sie ihre Unzufriedenheit über die gewerkschaftliche Arbeit der letzten Jahre im Betrieb, die dazu führte, dass sie mit einer eigenen Liste von IG Metall-Mitgliedern zur Wahl antraten, um neben der einzig vom Ortsvorstand gebilligten Liste um Zustimmung für ihre Auffassung von gewerkschaftspolitik in der Belegschaft zu werben. Diese »Alternative« erhielt 5 von 21 Sitzen. Darüber, ob die Kritik an der bisherigen Gewerkschaftspolitik der IGM in den gesetzlichen BR-Gremien und im Vertrauenskörper berechtigt ist und ob die Kandidatur auf einer eigenen Liste gerade in diesem Betrieb gewerkschaftsschädigend ist, wurde überhaupt nicht diskutiert. Letztendes reichte wohl die Feststellung: 1. Sie haben auf einer eigenen Liste kandidiert. 2. Sie sind der Aufforderung des Ortsvorstands die Liste zurückzuziehen, nicht gefolgt. Punkt. Schuldig. Urteilsverkündung. Interessant wird sein, wie begründet wird, durch welche Vergehen die drei Auszuschließenden ihre Mitgliedschaft verwirkt haben sollen und warum die anderen nur eine Verwarnung bekommen. Das Verfahren kann nur noch ins Stocken kommen, wenn es im Ortsvorstand für diese Empfehlung keine Mehrheit gibt. Nach Satzung ist das Ergebnis der Kommission nur

eine Empfehlung. Auch der Ortsvorstand gibt eine Empfehlung. Die Entscheidung trifft der Vorstand in Frankfurt.

Der politische Kern: Den damaligen Anstoß zum Entstehen innergewerkschaftlicher Kritik gegen den Kurs der Betriebsrats- und VK-Mehrheit gab der Abschluss der ERA-Vereinbarung, die für viele DC-Produktionsarbeiter mit deutlichen Lohnkürzungen verbunden war und eine Abgruppierung für Neueingestellte festschrieb. Über 10 Wochen lang hatten die unzufriedenen Metaller dagegen zum Schichtende mit montäglichen Protestkundgebungen vor dem Werkstor protestiert. Nach Darstellung der Protestierenden ist auf einer dieser Aktionen auch ein Gegen-Transparent aufgetaucht, unter dem der VK-Leiter, die BR-Vorsitzende und ein Mitarbeiter der Personalabteilung gemeinsam auftraten. Im Zuge dieser Auseinandersetzung wurden über 800 Unterschriften für eine außerordentliche Betriebsversammlung gesammelt, deren Durchführung jedoch von der Betriebsratsmehrheit verweigert wurde. Stattdessen gab es eine BR-Infoveranstaltung, bei der eine Aussprache nicht vorgesehen und dann auch unterdrückt wurde. Unmut erzeugte auch die Erfahrung, dass Mitgliedern der Kritikergruppe im Betriebsrat immer wieder Unterlagen für Sitzungen vorenthalten oder zu einem Zeitpunkt zugestellt wurden, der eine entsprechende Vorbereitung zum Thema nicht mehr möglich machte. Auf einer der letzten Mitgliederversammlungen der IG Metall im Betrieb wurde der Kollege Mustafa Efe, der später auf Platz 1 der »Alternative« kandidierte, mit den meisten Stimmen – mehr als die Betriebsratsvorsitzende und der VK-Leiter – in die Delegiertenversammlung der IGM Berlin gewählt.

Das Vorhaben der BR-Mehrheit, die Minderheit mit einem Ausschlussverfahren aus der IGM zu drängen, stieß auch auf Kritik bei vielen Kollegen, die bei der BR-Wahl für die bisherige (Mehrheits)Liste gestimmt hatten. Insgesamt sammelten die Daimler-Kollegen (mit Unterstützung eines außerhalb des Betriebes entstandenen »Solikreis für vom Ausschluss bedrohte Metaller« konzentriert über 1.000 Unterschriften. In der Erklärung heißt es: »Wir sehen uns derzeit verschärften Angriffen der Unternehmer auf in der Vergangenheit erkämpfte Errungenschaften gegenüber. Wir sind der Meinung: Die breite Einbeziehung der Belegschaften ist der einzige Weg, die anstehenden Auseinandersetzungen zu bestehen. Dies erfordert eine offene Diskussion über unsere Politik, in die sich alle Metallerinnen und Metaller mit ihren unterschiedlichen Positionen einbringen können. Meinungsvielfalt und demokratische Streitkultur stärken die Gewerkschaften. Das Ausgrenzen von Positionen und Strömungen hingegen verhindert die aktive Einbeziehung der Kollegen, schwächt die Mobilisierungsfähigkeit und die Durchsetzungskraft der IG Metall und der Gewerkschaften. Deshalb fordern wir die sofortige Einstellung aller Ausschlussverfahren, keine Funktionsverbote!«

Auch eine Gruppe gewerkschaftsnaher Sozialwissenschaftler äußerte ihren Unmut über die Disziplinarmaßnahmen in einem offenen Brief an die am Verfahren beteiligten IG-Metall-Funktionäre. Doch die Verantwortlichen innerhalb der IG Metall geben sich schwerhörig. Inzwischen wird vom BR-Vorsitzenden von OSRAM Berlin eine »Öffentliche Erklärung« (unterzeichnet von mindestens 17 weiteren VK-Leitern und BRs) versendet, in dem dafür geworben wird, dass »**alle** (Beteiligten) ihren Konflikt mit Unterstützung unserer IG Metall konstruktiv lösen« sollen. Ob dieser Wunsch ernst gemeint ist, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Andere BR und VL fordern eine mitgliederoffene Diskussionsveranstaltung. ■

Da inzwischen dieser Konflikt auch verschiedene politische Organisationen erfaßt hat, werden wir demnächst ausführlicher dazu Stellung nehmen. 29.6.2010, d.Red. ■



Zur Krise der italienischen Linken

Für Italien wie für Deutschland gilt, dass in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit das Schwert des nur - gewerkschaftlichen, des rein wirtschaftlichen Kampfs stumpf bleibt. Welchen Eindruck soll ein solches Mittel angesichts riesiger Überkapazitäten und betrieblicher Kurzarbeit auch auf die Unternehmer machen. Gleichzeitig steigt jedoch die Empfindlichkeit der bürgerlichen Klasse gegenüber politischen Streiks, also Kampfmaßnahmen, die sich mit politischen Forderungen gegen die nationalen Regierungen wenden.

Während die deutsche Arbeiterklasse seit den zwanziger Jahren keine Erfahrung mit politischen Streiks machen konnte, gehörten sie für das italienische Proletariat zu einem gängigen Mittel, um seine sozialen und politischen Rechte zu verteidigen. Seit der Einführung des Euros und damit der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes steht die italienische Arbeiterklasse jedoch vor dem objektiven Problem, dass ihr Gegner nicht mehr das nationale italienische Bürgertum ist, sondern die Bourgeoisie auf europäischer Ebene. Es ist kein Geheimnis, dass gerade das deutsche Kapital hier die bestimmende Rolle spielt. Im Bund mit Gewerkschaftsapparaten und Betriebsräten erreichte die deutsche Wirtschaft eine Konkurrenzfähigkeit, die ihr ermöglicht, neben den Waren auch die Arbeitslosigkeit und die sozialen Folgen auf ihren europäischen Großwirtschaftsraum abzuwälzen. Dies führt einerseits zu Widersprüchen zwischen den bürgerlichen Klassen Europas. Andererseits bildet diese Konkurrenzfähigkeit für die anderen europäischen Arbeiterklassen ein fast unüberwindliches Hindernis, solange sie keine Bezugs- und Anknüpfungspunkte innerhalb der deutschen Arbeiterklasse finden können. Die bestehenden Ansätze und Keimzellen zu fördern und zu vernetzen ist unsere wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre. d.Red. ■

Die Regionalwahlen Ende März 2010 haben bestätigt, was sich schon bei den Parlamentswahlen 2008 gezeigt hatte: Das rechte Lager um Berlusconi wurde gestärkt und die gemäßigte Linke mit der neuen Partei Partito Democratico, dem Zusammenschluss der Linksdemokraten (ex-PCI) mit der Partei Magherita (ex-DC-Linke), wurde geschwächt.

Das sogenannte Mitte-Links-Bündnis musste die Regionen Piemont, Latium, Kalabrien und Kampanien an die Rechte abgeben. Die Lega Nord stellt in Venetien und im Piemont den Regionalpräsidenten. Die Linke behauptet sich hauptsächlich im »roten Gürtel«, ihrer traditionellen Hochburg in Mittelitalien. Eine vernichtende Niederlage in beiden Wahlen erlitt jedoch die sog. radikale Linke, die auf nationaler Ebene nicht mehr im Parlament vertreten ist und bei den Regionalwahlen nur noch in der Toskana, in Umbrien und in Apulien den Sprung ins Parlament schaffte.

Dabei war von vielen erwartet worden, angesichts diverser Korruptionsskandale, in die ihre Vertreter verwickelt waren, würden die rechten Parteien einen Denkart erhalten. Auch dass die Regierung vor den Wahlen einen Gesetzentwurf einbrachte, mit dem wieder einmal der Kündigungsschutz ausgehebelt werden sollte, sprach für einen stärkeren Stimmenanteil der Linksparteien. 2002, als die damalige Berlusconi-Regierung dies schon einmal versuchte, gab es einen breiten Widerstand dagegen, der in drei Generalstreiks gipfelte. Damals musste die Regierung dem Druck der Gewerkschaften nachgeben, das Gesetz wurde in wesentlichen Punkten entschärft und schließlich auf drei Jahre befristet. 2010 hingegen stimmten die beiden Gewerkschaften CISL und UIL von vornherein dem Gesetz zu, und bei den meisten Wähler/innen hatte dies nicht einmal Einfluss auf ihr Wahlverhalten.

An diesem Beispiel wird deutlich, wie sich in den vergangenen Jahren in Italien die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verschoben haben: Die Rechte hat sich zu einem relativ stabilen Block entwickelt und die Linke befindet sich in einer tiefen Krise.

Die Stärke des Rechtsblocks.

Die italienische Rechte wurde nach dem Zerfall der Democrazia Christiana durch neue Parteien geprägt. Vor allem waren dies Berlusconi's »Forza Italia«, die aus dem neofaschistischen MSI hervorgegangene und um Mitglieder der DC vergrößerte »Alleanza Nazionale« (AN) und die »Lega Nord«. Dieses Bündnis war nie frei von Widersprüchen, vor allem zwischen der Lega Nord und der eher im strukturschwachen Süden verankerten AN. 1995 trat die Lega Nord aus der damaligen Regierung Berlusconi aus, als ein Generalstreik eine geplante Rentenreform zu Fall brachte und die »Lega Nord« nicht mit den Abwärtsstrudel geraten wollte. Bei den darauf folgenden Parlamentswahlen traten im Norden in allen Wahlkreisen »Lega Nord« und »Forza Italia« gegeneinander an. Die Folge war, dass die Linke dort fast alle Wahlkreise gewinnen konnte. Daraus haben die rechten Parteien gelernt und es trotz vorhandener Differenzen nicht mehr zum Bruch kommen lassen.

Möglich wurde dies, weil die rechten Parteien bei allen ideologischen Differenzen eine vergleichbare soziale Basis mit gleichen Interessen haben. Diese wird gebildet durch die in Italien sehr zahlreiche Schicht aus Kleinunternehmern, Handwerkern, Händlern, Landwirten und anderen Selbständigen. Der Anteil der Selbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ist mit fast 25 Prozent in Italien etwa 2,5 mal so groß wie in Deutschland. Es gibt eine Reihe von Gesetzen, die diese Schicht vor der Konkurrenz, etwa durch Supermärkte, schützt.

Dennoch haben viele nicht viel mehr als das Existenzminimum und nichts ist ihnen verhasster als ein Staat, der die korrekte Abführung von Steuern überprüft oder andere Kontrollen durchführt. Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und vergleichbare Gesetzesverstöße gehören vielfach zum Alltag. Ein Politiker wie Berlusconi, der durch ähnlich Methoden groß wurde und einen Kreuzzug gegen die Justiz führt, hat für sie nichts Abschreckendes, sondern ruft vielfach sogar Bewunderung hervor. Diese Gruppe bildet den harten Kern des rechten Blockes. Zu diesem Block können ebenfalls die Unternehmer gezählt werden, die privatisierte Staatsbetriebe aufgekauft haben und nun eine schnelle Rendite erwarten. Die Ablehnung von Einwanderern, die für Italien ein relativ neues Phänomen darstellen, bildet eine weitere ideologische Klammer.

»Forza Italia« und die »Alleanza Nazionale« haben sich 2009 zusammengeschlossen zum »Partito della Libertà«. Mit dem Anschluss der AN hat die Partei Berlusconi im Vergleich zur alten »Forza Italia« einen stärker südlich geprägten Charakter erhalten. Dies führt zur Entfremdung zwischen Berlusconi's Partei und einem Teil der Wählerschaft im Norden. Das kommt der »Lega Nord« zugute, die bei den letzten Wahlen immer stärker wurde und bei den Regionalwahlen Ende März die eigentliche Wahlgewinnerin war. In Venetien und im Piemont wurde sie zur stärksten Partei und stellt dort den Regionalpräsidenten. Dies bedeutet, dass Berlusconi bei den geplanten Reformen des Justizwesens, des Steuersystems und der Verfassung viele Zugeständnisse an die Lega Nord machen müssen. Diese will sehr weitgehende föderale Strukturen durchsetzen. So soll über die im wirtschaftlich starken Norden erhobenen Steuern auch von den dortigen Regionen bestimmt werden. Dies wird unausweichlich zu Span-

nungen in Berlusconi's Partei führen. Diese hat bei den Regionalwahlen merklich an Stimmen verloren. Lediglich in zwei Regionen des Südens konnte die Partei zulegen, und dort waren es innerparteiliche Kontrahenten Berlusconi's, die die Regionen Kalabrien und Kampanien für die Rechte zurückgewannen. Sie stehen dem ehemaligen AN-Vorsitzenden Gianfranco Fini nahe, der sich schon seit längerem als seriöser Rechtspolitiker profilieren will. Sie werden weitgehende Zugeständnisse an die Lega Nord zu verhindern versuchen. Dieser Konflikt führte im Mai bereits zur Bildung einer eigenen parlamentarischen Gruppe der Fini-Anhänger, die so ihren Einfluss innerhalb der Regierungskoalition stärken wollen. Ob dies ein Schritt ist zur Abspaltung vom PdL und zum Bruch mit der Koalition, ist jedoch keineswegs sicher. Schließlich weiß auch Fini, dass es ohne Unterstützung der Lega Nord keine parlamentarische Mehrheit des Rechtsblocks geben kann.

Lega Nord – Die Erben Berlinguers?

Im Gegensatz zur Berlusconi-Partei, die hauptsächlich in den Medien präsent ist, ist die »Lega Nord« eine vor Ort wahrnehmbare Partei und ist in der Region verankert. Es existiert ein Netz von Kultur- und anderen Vereinen, die der »Lega Nord« nahe stehen oder ihr angeschlossen sind: z.B. die Jugend- und Frauenorganisation, die »Katholiken Padaniens« oder ein eigener Automobil-Club. Durch diese Vereine erlangt die »Lega Nord« ihren Einfluss. Die Feste der Lega Nord haben in den Kommunen des Nordens heute die Bedeutung, die früher die »Festa del'Unità« in der Toskana oder in der Emilia Romagna hatten. Damit gelingt es der »Lega Nord« die Verlierer der Globalisierung anzusprechen und ihnen eine Erklärung für ihre Probleme anzubieten, z.B. Handwerkern und kleinen Industriellen, die sich von der Konkurrenz durch Billigimporte aus dem asiatischen Raum bedroht sehen.

Im Gegensatz zu »Forza Italia« verfügte die »Lega Nord« schon seit langem über einen nicht unwesentlichen Anteil an Arbeiterwählern. Dieser Anteil konnte bei den letzten Wahlen beständig ausgebaut werden. Um die Arbeiter anzusprechen, wird vor allem die Zuwanderung thematisiert, und die »Lega Nord« tut dies in einer ausgesprochen zugespitzten und rassistischen Weise. Sie ist nicht nur extrem islamfeindlich und propagiert das Verbot von Minaretten, sondern versucht auch in den von ihnen verwalteten Gemeinden, den ausländischen Menschen das Leben so schwer wie möglich zu machen. So wurde z.B. versucht, ausländischen Kindern den Zugang zu kommunalen Kindergärten zu untersagen, und Ende letzten Jahres propagierte die Parteiführung eine Aktion »weiße Weihnacht«, ein Wettstreit unter den von der »Lega Nord« kontrollierten Orten, wer es bis zum Weihnachtsfest schaffte, die meisten schwarzen Menschen abzuschieben. Die linken Parteien, die diesen Rassismus ablehnen, werden als weltfremde Gutmenschen dargestellt, die die Auswirkungen der Zuwanderung auf die einheimischen Arbeiter nicht wahrhaben wollen und sich deshalb verantwortungslos verhalten. Werden die radikalen Parolen und Maßnahmen der Lega Nord auch nicht geteilt, so denken doch viele Arbeiter, die Lega Nord habe im Kern recht. Mit dieser Politik kann die Lega Nord auch immer tiefer in die »roten Regionen« vordringen. So errang sie bei den Regionalwahlen in der Emilia Romagna immerhin 13 Prozent der Stimmen, dreimal mehr als vor fünf Jahren. In der Toskana erhielt sie 6,5 Prozent und selbst in Umbrien, wo sie erstmals kandidierte, ist sie im Regionalparlament vertreten. Angesichts dieser Erfolge feiern sich die Repräsentanten der Partei als die Erben Berlinguers.

Die Schwäche der Linken

Die Erfolge der Lega gehen sehr stark auch zu Lasten der Linksparteien; damit sind im Folgenden die Parteien gemeint, die ihre Wurzeln in der alten PCI und der Arbeiterbewegung haben. Konnten diese 2006 im Bündnis mit liberalen Gruppierungen noch eine parlamentarische Mehrheit gewinnen, so erlitten sie 2008 bei den vorgezogenen Wahlen einen regelrechten Einbruch. Dies war das Resultat einer von starken Widersprüchen geprägten Regierungskoalition, die die vielfältigen Erwartungen, die in sie gesetzt wurden, nicht erfüllen konnte. 2006 setzten sich sehr unterschiedliche gesellschaftliche Strömungen für eine Abwahl Berlusconi ein. Ein Teil des bürgerlichen Lagers, dem Berlusconi sowieso nicht sympathisch ist, setzte nach den Erfahrungen der Generalstreiks von 2002 gegen die Lockerung des Kündigungsschutzes auf eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften beim Sozialabbau. Vorbild hierfür war die erste Amtszeit von Romano Prodi von 1995 bis 1998, in der die Gewerkschaften für die Verlängerung des Renteneintrittsalters gewonnen werden konnten und einen rigorosen Sparkurs unterstützten, der Italien den Beitritt zum Euro ermöglichte. Diese Position wurde vor allem von den Vertretern des industriellen Großkapitals vertreten, die sich in ihren Unternehmen mit Gewerkschaften arrangieren müssen. Publizistisch wurde diese Politik von den großen Zeitungen „Corriere della sera“ und „la repubblica“ unterstützt. Auf der anderen Seite gab es in den Gewerkschaften die entgegengesetzte Erwartung, eine neue Mitte-Links-Regierung könne einige Vorhaben der Berlusconi-Regierung, wie z.B. eine weitere Heraufsetzung des Renteneintrittsalters rückgängig machen.

Doch konnte die neue Regierung weder die einen noch die anderen Hoffnungen erfüllen. Wider Erwarten konnte das rechte Lager bei den Wahlen 2006 verhältnismäßig gut abschneiden und die Regierung Prodi hatte nur eine hauchdünne parlamentarische Mehrheit. Jede Verweigerung einer Zustimmung zu einer Gesetzesvorlage, auch wenn sie nur von einzelnen Abgeordneten ausgesprochen wurde, führte somit zu einer Regierungskrise und zu endlosen Verhandlungen.

Eine besonders peinliche Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Partei Rifondazione Comunista (PRC). Sie war an der Regierung beteiligt, war aber mit einigen Gesetzesvorlagen nicht einverstanden und forderte eine stärker an den Interessen der Arbeiter/innen ausgerichtete Politik. Teilweise unterstützte die Partei auch außerparlamentarische Proteste, wirkte dann aber völlig unglaubwürdig, wenn sie bei den darauf folgenden Abstimmungen im Parlament für Maßnahmen stimmte, gegen die sie wenige Tage vorher noch protestiert hatte. Die vernichtende Niederlage des von Rifondazione Comunista geführten Regenbogen-Bündnisses bei den Wahlen 2008 ist unter anderem eine Quittung für dieses Verhalten. Mittlerweile haben sich vom linken Flügel einige Gruppierungen abgespalten. Doch hatten diese Gruppen bei den Wahlen nur geringen Zulauf. Die meisten Enttäuschten blieben entweder zu Hause oder ließen sich von den sozialdemagogischen Parolen der Lega Nord einfangen.

Da Rifondazione Comunista vom PD trotz ihrer Anpassung als unzuverlässiger Partner eingeschätzt wurde, konnte das alte Wahlbündnis bei den Wahlen von 2008 nicht mehr im ehemaligen Mitte-Links-Rahmen kandidieren. Dies dürfte ein weiterer Grund sein für die Stimmenverluste von Rifondazione: Vielen war die Partei genehm als linker Stachel in einem breiteren Wahlbündnis. Da die Partei aber nun notwendigerweise alleine antreten musste, gaben viele der ehemaligen Wähler/innen ihre Stimme dem PD, da das Wahlbündnis nur so eine schwache Chance

hatte stärkte Kraft zu werden und damit zusätzliche Parlamentssitze zu erringen. Auch bei den Regionalwahlen 2010 konnte die linke Föderation um Rifondazione Comunista nur dort eine nennenswerte Zahl von Stimmen erringen, wo sie in einem Wahlbündnis mit der PD und anderen Gruppen antrat.

Die Niederlage führte zur Spaltung von Rifondazione Comunista und auch des Partito dei Comunisti Italiani (PdCI), die bei den Parlamentswahlen 2008 gemeinsam antraten. Ein Teil versucht sich wieder bei der PD anzubiedern und will fester und zuverlässiger Bestandteil des Mitte-Links-Bündnisses werden. Der andere Teil hält hingegen die kommunistische Tradition hoch und will sich als eigenständige politische Kraft etablieren. Einen Weg aus der Krise haben aber beide Strömungen nicht gefunden, wie die Regionalwahlen Ende März zeigten.

Der PD, der Zusammenschluss der Linksdemokraten mit dem sozialen Flügel der alten DC, ist von inneren Reibereien geprägt, die sowohl entlang der alten Organisationen verlaufen, als auch durch Gegensätze zwischen verschiedenen Führungspersönlichkeiten der linksdemokratischen Tendenz geprägt sind. Die Führung strebt mehrheitlich ein Bündnis mit der kleinen UDC an, die sich zwischen dem Berlusconi-Lager und dem Mitte-Links-Bündnis sieht. An der Basis ist aber nach wie vor eine stärkere Profilierung nach links populär, was in einigen Regionen Wahlbündnisse mit der UDC zum Scheitern brachte, weil als Spitzenkandidaten Personen gewählt wurden, die der UDC zu links waren. Gefangen in diesen Widersprüchen konnte die neue Partei bisher nicht zu einer gemeinsamen Politik finden.

Das Kapital

Die Erfahrungen mit der Mitte-Links-Regierung von 2006 hielt 2008 die Vertreter des industriellen Großkapitals davon ab, sich wieder für diese Option auszusprechen. Zu unzuverlässig war für sie diese Konstellation, und zu eindeutig wiesen die Prognosen auf einen Wahlsieg Berlusconi hin. Stattdessen wurden bessere Beziehungen zum Lager Berlusconi gesucht und dieses machte auch einige Versprechungen. Diese Annäherung dürfte auch durch die Wirtschaftskrise möglich geworden sein: Diese traf das italienische Kapital sehr hart, und eine Übereinkunft mit den Gewerkschaften scheint auch den traditionellen Vertretern des Industriekapitals nur noch sekundär. Außerdem sind die beiden »gemäßigten« Gewerkschaftsverbände UIL und CISL auch bereit, einer rechten Regierung den nötigen Rückhalt für ihre Wirtschaftspolitik zu geben.

Das heißt aber nicht, dass das industrielle Großkapital mit der bestehenden Regierung zufrieden ist. Seine Vertreter mahnen immer wieder neue Reformen an. Sie fordern effektive Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und als Ausgleich spürbare Senkung der Unternehmens- und Lohnsteuern. Eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters gehört ebenso zu diesen Forderungen. Den Machenschaften Berlusconi stehen sie immer noch skeptisch bis ablehnend gegenüber und der starke Einfluss der Lega Nord wird kritisiert.

Mit Sergio Marchionne und Luca di Montezemolo haben sich Vertreter aus dem FIAT-Imperium sehr weitgehend und sehr oft in das politische Tagesgeschäft eingemischt. Ähnliches gilt für Carlo de Benedetti, ehemals Geschäftsführer von Olivetti und heute noch Eigentümer eines Medienunternehmens, zu dem auch die Publikationen »l'Espresso« und »la repubblica« gehören. Es gibt daher viele Spekulationen darüber, inwieweit diese sich nun selbst politisch betätigen wollen. Verbindungen mit der zentristischen UDC werden ihnen ebenso nachgesagt wie gute Kontakte

Die Organisationen

CGIL - Confederazione Generale Italiana del Lavoro (Allgemeiner Bund der Arbeit). Bereits vor Ende des Zweiten Weltkrieges mit Unterstützung von Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten gegründete Einheitsgewerkschaft. Nach dem Austritt der Sozialdemokraten und der Christdemokraten stand die CGIL der kommunistischen Partei nahe.

CISL - Confederazione Italiana dei Sindacati Liberi (Bund Freier Gewerkschaften). 1949 vom CGIL abgespaltene christdemokratische Gewerkschaft. Sie hatte ursprünglich die Funktion einer gelben Gewerkschaft. Während der Arbeiterkämpfe 1968 – 1976 bildete sich zeitweilig ein starker kämpferischer Flügel heraus. Heute ist die CISL bereit zur Kooperation mit der Regierung Berlusconi

FIOM - Federazione Impiegati Operai Metallurgici (Föderation der Angestellten und Arbeiter der Metallindustrie). Metallgewerkschaft, die der CGIL angeschlossen ist. Zählt innerhalb der CGIL zum kämpferischen Flügel.

PD - Partito Democratica (Demokratische Partei). Zusammenschluss der aus der PCI hervorgegangenen »Demokratischen Linken« mit dem linken Flügel der ehemaligen »Democrazia Cristiana«.

PdL – Partito della liberta (Partei der Freiheit). Zusammenschluss von Berlusconi's Partei »Forza Italia« mit der

Alleanza Nazionale, der Nachfolgepartei des neofaschistischen MSI.

PdCI – Partito dei Comunisti Italiani (Partei der Kommunisten Italiens). Abspaltung von »Rifondazione Comunista«, als diese 1998 der Regierung Prodi die Unterstützung verweigerten.

PRG – Partito della Rifondazione Comunista (Partei des kommunistischen Wiederaufbaus). Linker Flügel der ehemaligen PCI, der 1990 die Umbenennung in »Linksdemokraten« nicht mitmachte und sich selbständig organisierte; die Partei beteiligte sich 2006 an der Regierung Prodi. Die PRG trat zu den Wahlen 2008 in einem Wahlbündnis mit PdCI und den Grünen an. Dieses Bündnis scheiterte an der 4-Prozent-Hürde.

UDC - Unione dei Democratici Cristiani e Democratici di Centro (Union der Christdemokraten und Zentrumsdemokraten). Die UDC strebt den Wiederaufbau der »Democrazia Cristiana« an. Sie war bis 2007 Bestandteil des rechten Blocks, trat dann aber aus diesem aus und kandidierte zu den Wahlen 2008 eigenständig.

UIL - Unione Italiana Lavoratori (Italienische Arbeiterunion). 1950 von rechten Sozialisten gegründete anti-kommunistische Gewerkschaft. Die linken Sozialisten blieben in der CGIL. Die UIL arbeitet heute eng mit der CISL zusammen. ■

zu Gianfranco Fini. Dies könnte die Basis abgeben für eine neue Zentrumspartei.

Die Gewerkschaften

Auf große Zustimmung des Großkapitals stieß auch die Reform des Tarifvertragssystems, auf das sich die Regierung, die Unternehmerverbände und die Gewerkschaften CISL und UIL geeinigt haben. Die Tarifverträge sollen künftig eine Laufzeit von drei statt bisher zwei Jahren haben. Wie bisher sollen die Tarifverträge auf zwei Ebenen ausgehandelt werden: Auf der nationalen und auf der betrieblichen Ebene. Als Ziel der nationalen Tarifverträge wurde bisher aber auch die Beteiligung der Beschäftigten am Produktivitätszuwachs genannt. Dieser Aspekt fehlt in den neuen Vereinbarungen. Als einziges Ziel wird der Inflationsausgleich genannt, wobei die ausgleichende Inflationsrate von »unabhängigen« Instituten vorgegeben wird. Größere Auseinandersetzungen um die nationalen Tarifverträge sind damit praktisch unmöglich. Eine Steigerung der Kaufkraft sollen nur noch die betrieblichen Tarifverträge bieten – natürlich nur soweit es die Ertragslage zulässt. Allerdings gibt es solche betrieblichen Tarifverträge nur in einer Minderheit der Betriebe. In den Kleinbetrieben, in denen die Mehrheit der italienischen Lohnabhängigen beschäftigt ist, sind sie die Ausnahme. Die CGIL stimmte diesem Tarifsystem nicht zu, obwohl ihr Vorsitzender Epifani anfangs durchaus zu Gesprächen bereit war. Der linke Flügel der CGIL, allen voran die Metallergewerkschaft FIOM, konnte dies nach heftigen Auseinandersetzungen jedoch verhindern.

Auf Basis des neuen Systems haben UIL und CISL schon etlichen Tarifverträgen zugestimmt, die von den CGIL-Gewerkschaften abgelehnt wurden. Allerdings sind diese

nicht in der Lage eigene Tarifverträge durchzusetzen. Die Wirtschaftskrise hat in Italien zu Arbeitsplatzabbau und Entlassungen geführt. Die Kampfkraft der Gewerkschaften wurde dadurch entscheidend geschwächt. Auch die sich kämpferisch gebende FIOM war mit den von ihr ausgerufenen halb- und ganztägigen Streiks nicht in der Lage, den Tarifvertrag von UIL und CISL ins Wanken zu bringen. Diese Schwäche der Arbeiterbewegung ist auch eine wichtige Ursache für die Schwäche der linken Parteien: Da die Arbeiterbewegung nicht stark genug ist, die Angriffe der Unternehmer abzuwehren, versuchen es viele mit Anpassung oder mit der Ausgrenzung anderer Beschäftigtengruppen: Nord gegen Süd, Italiener gegen Ausländer.

Wie sich die CGIL angesichts dieser Situation verhalten soll, war das beherrschende Thema auf ihrem Kongress Anfang Mai. Der Vorsitzende Epifani forderte, dass sich die CGIL angesichts des Pakts der anderen Gewerkschaften mit den Arbeitgebern nicht länger beleidigt in die Ecke stellen dürfe. Er verlangte, mit UIL und CISL in einen Dialog zu treten und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Die Linke hingegen forderte, dass die CGIL ihre Positionen kämpferischer vertreten müsse und lehnte eine Beteiligung am Korporatismus der anderen Gewerkschaften ab.

Bereits im Vorfeld des Kongresses gab es in den Gliederungen der CGIL Diskussionen um zwei alternative Resolutionentwürfe, die dem Kongress zur Abstimmung vorgelegt wurden. In den Resolutionen legten die Gewerkschaftsführung einerseits und die Linksopposition andererseits ihre Positionen dar. Schon in den Diskussionen an der Basis wurde deutlich, dass außerhalb der FIOM der Antrag der Führung über eine breite Mehrheit verfügte. Dennoch wurde von der Führung einiges getan, um die Zahlen in ihrem Sinne zu schönen. Auf dem Kongress erhielt der

Entwurf der Führung schließlich 88 Prozent. Der Weg zu einer Übereinkunft mit UIL und CISL scheint damit frei.

Einhergehend mit der immer weitergehenden Anpassung der traditionellen Gewerkschaften haben sich mehrere sog. „Basisgewerkschaften“ gebildet, die eine kämpferische Gewerkschaftspolitik durchsetzen wollen. Sie haben Rückhalt vor allem bei jüngeren prekär beschäftigten Lohnabhängigen und bei einigen weiteren Gruppen, vor allem im Bildungsbereich und im Verkehrswesen. In letzter Zeit gibt es eine engere Koordination dieser Grup-

pierungen und einige planen auch eine Fusion. Die von ihnen ausgerufenen „Generalstreiks“ haben diesen Namen zwar noch lange nicht verdient, sie sind mittlerweile aber in einigen Bereichen durchaus spürbar und haben nicht nur propagandistische Bedeutung wie noch vor wenigen Jahren. Da sie im industriellen Sektor jedoch nur sehr schwach vertreten sind, sind sie noch weit davon entfernt, eine tatsächliche Alternative zu den offiziellen Gewerkschaften darzustellen.

20.6.10 ■

■ NACH DEN PARLAMENTSWAHLEN IN UNGARN

Wie konnte aus der »lustigsten Baracke des Ostblocks« der Rechtsausleger Europas werden?

Nach den Parlamentswahlen in Ungarn wurde häufig gefragt: Wie konnte aus der »lustigsten Baracke des Ostblocks« der Rechtsausleger Europas werden, wo rund 70 Prozent der Wähler rechts bis rechtsextrem wählen?

Im April 2010 haben die Ungarn ein neues Parlament gewählt. Im ersten Wahlgang erhielten bei einer Wahlbeteiligung von 64,3 Prozent der konservative Bund Junger Demokraten Fidesz 52,8 Prozent (2006: 42 Prozent) der Stimmen, das Durchschnittsalter ihrer Wähler liegt bei 46 Jahren; die bisher regierenden Sozialisten MSZP erhielten 19,3 Prozent (2006: 43,2 Prozent) Wählerdurchschnittsalter 55 Jahre; die rechtsextreme Jobbik (»Die Besseren«) erhielt 16,7 Prozent, Wählerdurchschnittsalter 38 Jahre; die neu gegründete grün-alternative LMP (»Eine andere Politik ist möglich«) bekam 7,4 Prozent der Stimmen, vor allem von jungen Wählern. Mit dem zweiten Wahlgang am 25.4.2010 kamen Fidesz mit 262 Mandaten zu einer Zwei-Drittel-Mehrheit, MSZP auf 59 Sitze, Jobbik auf 48 Sitze und LMP auf 16 Sitze. Zwei bürgerliche Parteien sind nicht mehr im Parlament vertreten.

Niederlage der Sozialistischen Partei MSZP

Die MSZP, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas, hat in der Bevölkerung jeden Kredit verloren und erhielt von den Wählern die Quittung für ihre Sparpolitik und die ausufernden Korruptionsskandale der vergangenen Jahren. Ihr ab 2004 regierender Ministerpräsident Ferenc Gyurcsa-

ny hatte wegen des Verlusts seiner Glaubwürdigkeit schon im April 2009 zurücktreten müssen. Seine »Lügenrede«, in der er (eigentlich nur intern) eingestand, dass die Kassen längst leer und die Versprechungen damit verantwortungslos gewesen waren, hatte im Herbst 2006 zu gewalttätigen Protesten von Rechten und Rechtsextremen in Budapest geführt. Dabei wollte er doch nur seine Partei für eine neoliberale Politik gewinnen.

Die Mehrheit der Ungarn fragt sich, wie sie über die Runden kommen soll, und die MSZP hat darauf keine Antwort. Die Ungarn hatten das Gefühl, von den Nachfolgern der Partei des »Gulaschkommunismus« nicht ernst genommen zu werden. Dazu kam, dass die politischen und wirtschaftlichen Führungskräfte sich bereicherten, während die lohnabhängige Bevölkerung in die Röhre schaute. Für soziale Hilfen standen sowieso nur winzige Summen zur Verfügung. Das verbitterte und trieb die von Abstieg Bedrohten in die Arme der Rechtspartei und der Faschisten.

Die MSZP, Nachfolgerin der Partei der Ungarischen Werktätigen, hatte es geschafft, einen nahtlosen Übergang zum Kapitalismus zu vollziehen – ohne auch nur eine Auseinandersetzung darüber zu führen. Eine Aufarbeitung der eigenen Erfahrungen gab es nicht. Heute ist sie eine Partei von Würdenträgern aus dem Realsozialismus. Sie ist staatstragend und z.T. reaktionär. Auch die jüngeren Politiker dieser Partei sind nicht mit der Arbeiterklasse verbunden. Sie war schon 1998 wegen ihrer Politik des Sozialabbaus



Faschismus in Deutschland I
Analysen und Berichte der KPD-O von 1928 – 1933,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1973

296 Seiten A5 | Broschur | 8,00 EUR



Westblock – Ostblock
Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992

460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR



Reihe »Beiträge zur Diskussion«:
Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld
April 1989, Auton. Nahostgruppe HH und Gruppe Arbeiterpolitik
28 Seiten A4 | 2,00 EUR



Reihe »Beiträge zur Diskussion«:
Bombenkrieg und Klassenkampf
Zum Krieg gegen die Zivilbevölkerung der deutschen Städte
Nov. 2008, Gruppe Arbeiterpolitik
28 Seiten A4 zweifarbig | 2,00 EUR

abgewählt worden. Mit versprochenen Gehaltserhöhungen hatte sie dann 2002 die Wahlen wieder gewonnen. Korruption, Lügen, Zynismus, Sparmaßnahmen und Niedriglöhne haben die MSZP diskreditiert und verhasst gemacht.

Die Entwicklung seit der Wende

Ungarn – ein Land von zehn Millionen Einwohnern – hat in den ersten drei Jahren der bürgerlichen Demokratie zwei Millionen Arbeitsplätze verloren. Bei der Privatisierung blieben von den Staatsbetrieben oft nur kleine Einheiten übrig. Während im Nordosten der Kohlenbergbau und die Schwerindustrie fast oder ganz zum Erliegen kamen, wurden im Westen des Landes mit ausländischem Kapital besonders Automobil- und Elektronikbetriebe aufgebaut.

Eine gute Infrastruktur und eine hoch gebildete Bevölkerung weckten das Interesse ausländischer Investoren. Ausländische Unternehmen errichteten seit den 90er Jahren in Ungarn – wie in anderen osteuropäischen Staaten – Hunderte Tochterfirmen, um vom niedrigeren Lohnniveau zu profitieren, Märkte und Handelsbeziehungen zu gewinnen. Deutsche Konzerne schneiden bei der Vergabe von Subventionen am besten ab. An der Spitze stehen Töchter von Daimler, Bosch und Continental.

Die in den neuen Unternehmen gefertigten Produkte wurden vor allem nach Westeuropa ausgeführt – seit dort die Nachfrage zusammengebrochen ist, darben einige häufig noch nagelneuen Werke. Die Betriebe sind z.T. auch wieder geschlossen und in andere noch billigere Billig-Lohn-Länder verlegt worden. Auch wenn die Gehälter in Ungarn im Zeitraum von 2000 bis 2008 (laut einer ungarischen Studie) um 95 Prozent zulegten, so liegen sie dennoch erheblich unter den Löhnen in der Eurozone.

In der Wirtschafts- und Finanzkrise ließ nun vor allem das sinkende Aufkommen aus Unternehmens- und Lohnsteuern die Staatseinnahmen schrumpfen. Teile des globalen Finanzkapitals übten erheblichen Druck auf Ungarn aus. So drohte die Ratingagentur Fitch, die Kreditwürdigkeit Ungarns herabzustufen. Zur Rettung des Staatshaushalts erhielt Ungarn 2008 einen Kredit der EU und des Internationalen Währungsfonds in Höhe von umgerechnet 20 Milliarden Euro. Mit den Bedingungen von EU und IWF im Rücken setzte die Regierung Massenentlassungen im öffentlichen Dienst und weiteren Abbau im Gesundheitswesen durch. Permanent wurde der Rotstift bei den Sozialausgaben angesetzt.

Das von westlichen Banken auf Kredit inszenierte Konsumwunder an der Donau geriet zum Desaster. Auch eine Folge davon, dass Ungarn wirtschaftlich und finanziell unselbstständig und Anhängsel der ökonomisch starken EU-Staaten ist.

Die massiven Sparauflagen, die der Internationale Währungsfonds an die Vergabe eines Rettungskredites knüpfte, verstärkte in der Bevölkerung nur das Gefühl, »ausländischen Mächten« hilflos ausgeliefert zu sein – der Brüsseler EU-Bürokratie, den multinationalen Konzernen, die die ungarische Wirtschaft dominieren.

Die ökonomische Stellung der ungarischen Arbeiter ist schwach. Sie stehen in Konkurrenz zu anderen osteuropäischen Standorten und müssen deshalb niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten hinnehmen. In dieser Situation ist es für die Gewerkschaften schwierig, eine wirkliche Interessenvertretung zu organisieren. Die Arbeiter haben faktisch keine Organisationen mehr, mit der sie ihre Interessen zur Sprache bringen können: Es gibt kaum eine linke Zeitung, keine linke Radiosendung, keine sichtbare linke Intelligenz. Kleinere linke Parteien, die es noch unmittelbar nach der Wende von 1889/90 gab, sind inzwischen ganz aus dem Blickfeld verschwunden.

Vor allem in den weniger industrialisierten, landwirtschaftlich ausgerichteten östlichen Landesteilen richteten sich die verarmten Verlierer der Wende (Auflösung der Genossenschaften zwecks Privatisierung) gegen ihre noch ärmeren, marginalisierten Nachbarn, die Roma-Minderheit. Zwar war die Ungarische Sozialistische Partei offiziell antirassistisch, doch ihre praktische Politik trug der rassistischen Stimmung im Lande Rechnung. MSZP-Politiker beteiligten sich an der Stimmungsmache: Ihr Sprecher für Bildungspolitik hat z. B. die Integration im Schulwesen für gescheitert erklärt und Spezialschulen für Roma gefordert. Die Integrationsprogramme des Bildungsministeriums wurden teilweise eingestellt. Durch aktuelle Gerichtsurteile bleiben einige lokal erhalten.

Bis zur Wende hatte es von Regierungsseite Bemühungen gegeben, die Roma zu integrieren. So wurden z.B. Wohnungen für sie bereitgestellt, doch nicht alle Roma konnten damit etwas anfangen. Die Arbeitslosigkeit und drohender sozialer Abstieg haben nun Toleranz und Rücksichtnahme zerstört. Die andauernde Existenzunsicherheit lässt Menschen egoistisch, ängstlich und auch gewalttätig werden. Wer in Gefahr ist sozial abzustürzen, grenzt sich nach unten ab. Unten, das sind in Ungarn 800.000 Menschen, zumeist Roma, die an der absoluten Armutsgrenze leben. Sie werden kriminalisiert. Armut wird ethnisiert. Die Sozialistische Partei und der linksliberale Bund Freier Demokraten (SZDSZ), bis 2008 Koalitionspartner, erklärten stets, dass sie antirassistisch und für Menschenrechte sind; aber sie waren es, die im Parlament die neuen Sozialgesetze mit entsprechenden Bestimmungen verabschiedet haben.

In der Krise werden die unterschiedlichen Schichten der lohnabhängigen Bevölkerung von den Liberalen bis zu den Rechtsextremen gegeneinander ausgespielt und damit gespalten: Eine »strenge Behandlung« der Armen, der »Faulenzer« und der »Kriminellen« wird gefordert. Beobachtet wird eine erschreckende Stimmung gegen ältere Menschen. Wer dem Kapital nicht nützt, wer nicht »dienlich« ist, gilt den ungarischen Protagonisten des Kapitalismus als überflüssig.

Mit der Privatisierung der Produktionsmittel sind wieder gesellschaftliche Klassen und Klassengegensätze vorhanden. Der Weg zur Überwindung der Klassengesellschaft durch den Sozialismus ist z.Zt. durch die Erfahrungen in der realsozialistischen Vergangenheit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbaut. So bleibt der Nationalismus als Kitt für die Ungarn. Er hat seine Wurzeln in der Geschichte des Landes.

Die anderen Parteien

Wahlsieger Fidesz. Nach 1998 hat Fidesz nun zum zweitenmal die MSZP in einer Parlamentswahl als Regierungspartei abgelöst.

Mitbegründer des Bundes Junger Demokraten (Fidesz) war 1988 – im Jahr vor der Wende – Viktor Orbán, Sprecher der Universitätsjugend. Heute stehen hinter Fidesz mächtige Wirtschaftskreise, was er z.B. mit linkspopulistischen Versatzstücken gegen »Geldkapitalismus« kaschiert. Um die sozialen Probleme zu überspielen, nahmen Orbán und seine Partei Fidesz die nationale Karte auf. Sie schwangen sich auf zum Schutzherrn für die ungarisch sprechenden Bevölkerungsteile in den Nachbarländern. Die Rechte beansprucht alle nationalen Symbole – Ungarn, Vaterland, Patriotismus, die rot-weiß-grüne Fahne, die Nationalgeschichte, das Volkstum usw.

An die drei Millionen ethnische Ungarn leben seit der Auflösung Österreich-Ungarns nach dem 1. Weltkrieg in den Nachbarländern als Minderheit (vor allem in Rumänien, Serbien und der Slowakei). Orbán knüpft an den

schon unter dem Horthy-Regime¹⁾ aufgeflamten Nationalismus an, der das Ziel verfolgte, die nach dem 1. Weltkrieg verlorenen Gebiete Ungarns zurückzugewinnen.²⁾ Schon in den zwanziger Jahren hatte die ungarische Arbeiterbewegung einen schweren Stand gegen den Nationalismus.

Die letzten acht Jahre lang beschimpfte Orbán missliebige Politiker und kritische Journalisten als Staatsfeinde. Orbán gibt an, Bürokratie abbauen, Korruption bekämpfen, die Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen und mit Steuerenkungen Wirtschaftsimpulse geben zu wollen. Doch wird seine Politik vom Diktat der leeren Kassen bestimmt werden. Die EU und der IWF haben seit den Milliardenkrediten von 2008 ein Prüfrecht über den Haushalt Ungarns.

Mit einer revanchistischen Ideologie macht Orbán deshalb innenpolitisch symbolische Politik mit der ungarischen Staatsbürgerschaft für ethnische Ungarn in Nachbarstaaten und dem Tag der nationalen Einheit, mit dem an die »größte nationale Tragödie Ungarns im 20. Jahrhundert« erinnert werden soll. Im Budapester Parlament stimmten Ende Mai 2010 selbst die MSZP und die Grünen mehrheitlich für dieses Gesetz der doppelten Staatsbürgerschaft. Die ungarische Minderheit der Slowakei gerät dadurch allerdings unter den Druck der slowakischen Regierung.

Viele Ungarn wünschen sich eine starke Position von Fidesz, gerade um Jobbik einzudämmen. Selbst Roma wählen Fidesz im Glauben, nur die Rechtskonservativen böten Schutz vor einer weiteren Radikalisierung.

Jobbik, das bedeutet »das Beste« oder »die Rechten«. Ursprünglich ein Universitätsverein, ist es eine stramm organisierte Partei von Politprofis, von jungen Anwälten in eleganten Anzügen. Trotz gesetzlichen Verbotes benutzen sie ganz offen die Symbole der faschistischen Pfeilkreuzler aus der Zeit von vor 1944. Die Fahnen dieser Nazibewegung wehen sogar über einigen Amtsgebäuden. Lokale Räte, Bürgermeister entscheiden darüber.

2003 gegründet, konnte Jobbik bei dieser Wahl erstmals ins Parlament einziehen. Viele wählten sie aus Protest. Im Osten Ungarns erhielt sie ihre meisten Stimmen. 2006 sammelte sie die radikalen Elemente des Protestes gegen Gyurcsany, der mit seiner »Lügenrede« erst richtig den Nährboden für Jobbik geliefert hat. Enttäuschte, von Absturzangst erfasste Mittelschichten bilden die Jobbik-Parteielite, Lehrer, Ingenieure, Juristen, Beamte oder Studenten. Sie pflegen das Image sauberer Patrioten.

Wie Fidesz knüpft auch Jobbik am ungarischen Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts an. Die Faschisten fordern offen die Revision des Friedensvertrages von 1920, in dem die Staatsgrenzen festgelegt worden waren. Auch wenn es hierfür innerhalb der EU keine Perspektive gibt, zur Desorientierung von Teilen der Lohnabhängigen reicht es vorerst.

»Ungarn den Ungarn!« lautet das Motto von Jobbik. Ihre Werbespots zeigen eine Faust, die auf den Tisch haut. Dazu zackige Worte: »*Verbrecher ins Gefängnis! Ordnung, Ruhe, Wachsamkeit!*« Die Partei ist gegen die »*liberale Lahme-Enten-Demokratie*«, gegen die »*Vormacht multinationaler Konzerne*«, gegen »*die Leere der Konsumgesellschaft*« und für einen »*starken, christlichen Staat*«.

Sie knüpft mit diesen Parolen an den Stimmungen völlig verarmter Bevölkerungsteile an, die für die kapitalistische Produktionsweise überflüssig geworden sind, z.B. in den Industriebranchen des Nordostens. Der frühere Geschichtslehrer und jetzige Jobbik-Chef Gábor Vona redet in seinen Auftritten von den Gewinnen der Multis und unbezahlten Gasrechnungen der kleinen Leute. Auf ihren Wahlkampfveranstaltungen wurde gegen Homosexuelle, Roma, Sinti und Juden gehetzt. Die kleinen Leute können bei sei-

nen Veranstaltungen ihre Probleme vorbringen und Dampf ablassen.

Die Jobbik schloss einen sogenannten »Sicherheitspakt« mit der Polizeigewerkschaft »Tatbereit« TMRSZ (Tettrekész Magyar Rendőrség Szakszervezete).

2007 gründete Jobbik-Chef Vona die Ungarische Garde, einen schwarz uniformierten paramilitärischen Trupp. Mit ihr nimmt sich Jobbik derer an, die sich von der »korrumperten Elite« in der Hauptstadt vernachlässigt fühlen. Ganz im Gegensatz zur Jobbik-Elite kommen die Gardemitglieder vor allem aus der Schicht armer und wenig gebildeter Ungarn. Die Garde bietet ihnen zwar keine Perspektive, aber hier können sie sich als wer fühlen. Einheiten der schwarz Uniformierten marschieren in Städten und Dörfern auf, geben an, für mehr öffentliche Sicherheit und weniger »Zigeunerkriminalität« zu sorgen. Sie ähnelt nicht nur äußerlich den »Pfeilkreuzlern« zur Zeit des Horthy-Regimes in den 1940er-Jahren, die den Nazis ungarische und flüchtige Juden auslieferten oder selbst ermordeten. Offen propagieren sie ihre ausländergefeindliche, antisemitische, und gegen Minderheiten gerichtete Haltung. Rechtsterroristische Gewalt gegen Roma ist nahezu alltäglich. In den letzten Jahren wurden acht Roma ermordet.

Die LMP (»Eine andere Politik ist möglich«) wurde Anfang 2009 von jungen Intellektuellen faktisch aus dem Boden gestampft und vertritt ein klassisches Ökologieprogramm. Ihre Wähler haben überwiegend einen hohen Bildungsabschluss. Die Mehrheit der ungarischen Bevölkerung lehnt zwar nicht die politischen Ziele der LMP ab, ist aber der Auffassung, dass die Bewegung nicht kraftvoll genug ist, um diese umzusetzen. Wie sollen Grüne schließlich eine Wirtschaftskrise bewältigen? Viele fragten sich, ob eine Stimme für die Grünen nicht eine verlorene Stimme sei.

Warum ist die ungarische Arbeiterklasse heute orientierungslos?

Nicht die ungarische Arbeiterklasse, sondern die Sowjetarmee hat die Faschisten in Ungarn besiegt. Die Sozialdemokratische Partei, die in ihrer Geschichte legal bis halblegal arbeiten konnte, ging mit fast 400.000 Mitgliedern und einer relativ starken Organisation in die Nachkriegszeit. Ihre Stütze waren die Facharbeiter in den Gewerkschaften, die organisatorische Erfahrung nicht nur aus den Betrieben sondern auch aus den Gewerkschaften hatten.

Die KP Ungarns, die im Gegensatz zu den Sozialdemokraten in ihrer Vergangenheit fast nur illegal arbeiten konnte, hatte Ende 1944 nicht mehr als 3000, im Herbst 1945 schon ca. 500.000 Mitglieder. Zulauf bekam sie hauptsächlich von radikalisierten Schichten aus der Landbevölkerung, die auf eine Bodenreform hoffte (bis 1945 war der allergrößte Teil des Boden in Feudalbesitz). Durch diesen großen Zustrom gewann die Partei an Radikalität, nicht aber an Klarheit über den Weg des Aufbaus einer sozialis-

1 Das Horthy-Regime dauerte bis etwa 1943/44. Angesichts des Vorrückens der Sowjetarmee galt es der deutschen Besatzungsmacht nicht mehr als zuverlässig und wurde durch die faschistische Pfeilkreuzler-Bewegung als Verbündeten ersetzt.

2 Am 4. Juni 1920 wurden die von den Siegermächten diktierten Verträge von Trianon (Palais in Versailles) unterzeichnet, nach denen Ungarn als Kriegsverlierer knapp 2/3 seines Territoriums verlor. 7,6 Millionen Einwohner hatte Ungarn dann noch; 3,2 Millionen Ungarn wurden Bürger anderer Staaten.

3 Wachstum der Beschäftigten:	1949	1956
Industrie	750	1.122
Bergbau	71	211
Transport u Kommunikation	161	252
Handel	207	274

(Angaben in 1000 Personen)

Zu den Anfängen der ungarischen Arbeiterbewegung

In den 1860er Jahren wurden in Budapest zahlreiche Arbeiter-Fachvereine gegründet. Mit der staatlich geförderten Industrialisierung Zentralungarns am Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich hier auch eine Arbeiterbewegung. Eine der wichtigsten Personen dieser Anfangszeit war der Goldschmied Leo Frankel, der schon an der Pariser Kommune teilgenommen hatte. Aufgrund des hohen Anteils deutscher Handwerker, die teils auf ihrer Wanderschaft nach Ungarn gekommen waren, teils schon in Ungarn lebten, war die ungarische Arbeiterbewegung um 1900 zweisprachig. Während sich die städtischen Industriearbeiter (mit Genehmigung der Behörden) gewerkschaftlich organisieren konnten, gelang es nicht, die Landarbeiter, die große Mehrheit der Arbeiterklasse in die Organisation einzubeziehen. In den ländlichen Gebieten, wo der Adel dominierte, wurde die Organisation der Landarbeiter wirkungsvoll verhindert. Im südungarischen Baranya und im südöstlichen Banat waren dagegen selbständige Bauern.

Die Arbeiterbewegung war multinational wie die gesamte großungarische Gesellschaft. Dabei dominierten die magyarischen und deutschen Arbeiter. Im Vielvölkerstaat Großungarn (in der k.u.k. Monarchie innenpolitisch selbständig) wurden die slowakischen, rumänischen und serbischen Arbeiter, bestenfalls Erste-Generationsarbeiter, durch die Magyarisierungspolitik national bedrückt. Dadurch entstand keine gesamtungarische Arbeiterbewegung.

Die ersten Arbeiterorganisationen waren Fachvereine, die in den 1860er Jahren hauptsächlich von Budapester Arbeitern gegründet wurden. Die 1880 gegründete Ungarische Allgemeine Arbeiterpartei nannte sich ab 1890 Ungarische Sozialdemokratische Partei, war »marxistisch« wie zu der Zeit üblich und durfte keine beitragszahlenden Mitglieder haben. Der dann gegründete Gewerkschaftsrat, dem Vertreter der Fachvereine und Mitglieder des Parteivorstandes angehörten, wurde zu

einem wichtigen Faktor der sozialdemokratischen Agitationsarbeit.

Die politische Arbeiterbewegung war von Anfang an behördlichem Druck ausgesetzt. Streikkassen und Parteiversammlungen wurden halblegal organisiert. Um die Jahrhundertwende dehnten sich die Arbeiterorganisationen auf die Provinzstädte aus.

1910 waren 16,2 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in der Industrie tätig, in der Landwirtschaft nur noch 67 Prozent. 1913 gab es über eine Million Industriearbeiter, etwa die Hälfte in der Großindustrie in und um Budapest und in den Minengebieten, wie dem Banat. 112 000 Beschäftigte, d.h. 10 bis 15 Prozent, waren 1913 landesweit gewerkschaftlich organisiert; in Budapest waren es etwa 30 Prozent.

Der viermonatigen ungarischen Räterepublik 1918 unter Bela Kun hatten die Gewerkschaften reserviert gegenüber gestanden. Nach der Niederschlagung der Räterherrschaft übernahmen die Aristokraten wieder ihren Gutsbesitz. Unter Horthy war Ungarn weiterhin ein halbfeudaler Staat; der Adel besaß wohl rund 2/3 des Bodens.

Die SP gründete sich im August 1919 neu, sie musste auf die Organisation der Landarbeiter und Eisenbahner verzichten, um an parlamentarischen Wahlen teilnehmen zu dürfen. Der Einfluss der SP war in den 1920ern in Budapest und Umgebung stark, auf dem flachen Lande und in den kleinen Städten jedoch schwach. An der Frage der Zusammenarbeit mit der Regierung fraktionierten sich 1923/24 SP und Gewerkschaften. Eine linke Fraktion in der SP und den Gewerkschaften forderte, diese abzubrechen und die Partei und Gewerkschaften auf eine Arbeiter-Bauern-Allianz zu orientieren. Darauf wurden ihre Vertreter aus den Gewerkschaften ausgeschlossen. Daraufhin bildete sich die Ungarische Sozialistische Partei (MSZMP), die von 1925 bis 1927 bestand. Die Mehrheit ihrer Führungsgruppe wurde verhaftet. Die KP war verboten; sie arbeitete illegal. Sie scheiterte in den 30er Jahren mit ihrem Versuch, mit einer »Vereinigten Gewerkschaftlichen Opposition« den sozialdemokratischen Einfluss in den Gewerkschaften einzudämmen ■

tischen Gesellschaft. Organisationserfahrung brachten die Landarbeiter auch nicht mit, da ihnen in der Vergangenheit die gewerkschaftliche Organisation verwehrt geblieben war. Mitglieder wurden in dieser Zeit auch Intellektuelle, sich als Marxisten verstehende Sozialdemokraten des längeren Zeit in Wien aktiven Vereins Világosság, der nach Ungarn hineinwirkte. Dazu kamen Emigranten aus Moskau.

Wie in anderen osteuropäischen Ländern hatte die KP ihre Machtposition der Sowjetarmee zu verdanken und wurde von der Besatzungsmacht stark beeinflusst. Um den Einfluss des Bürgertums zu brechen, wurden die bürgerlichen Parteien nach und nach aufgelöst. In der 1948 aus Sozialdemokraten und Kommunisten vereinigten Partei der Ungarischen Werktätigen waren die Sozialdemokraten innerhalb kurzer Zeit einflusslos. Die sozialdemokratisch orientierten Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften und die kommunistisch orientierte Landarbeitergewerkschaft beschlossen 1945, sich zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen. Der Gewerkschaftsbund hatte anfangs eine eigene Parlamentsfraktion und wurde an der Arbeit zur Bodenreform, am Aufbau der neu-

en Polizei, der Justiz, in den Kommissionen zur Untersuchung von Kriegsverbrechen usw. beteiligt.

Ab 1948 propagierte die KP, dass die Aufgabe der Gewerkschaften nicht so sehr Lohnverhandlungen seien, sondern vielmehr Propaganda für die Steigerung der Produktion. Gleichzeitig wurde eine Kampagne gegen die »rechtssozialdemokratischen Führer« begonnen, die ihrer Posten enthoben bzw. entlassen und aus den Gewerkschaften ausgeschlossen wurden. Als rechte Sozialdemokraten gebrandmarkt durften sie nicht mehr in ihre Betriebe zurückgehen und wurden weitgehend arbeitslos. Innerhalb kurzer Zeit war das Vertrauensleutesystem zerschlagen. Auch ihre Erfahrungen gingen damit verloren. Hatten sie auch kein kommunistisches Bewusstsein, so brachten sie doch demokratische Traditionen in die gemeinsamen Organisationen ein. Die Sozialdemokraten wurden allerdings nicht von ihren Kollegen gedeckt oder gestützt – offensichtlich hatten die Kollegen Angst davor auch als rechte Sozialdemokraten ihre Arbeit zu verlieren.

Die Rolle der Gewerkschaftsmitglieder wurde auf das Beitragszahlen und die formale Teilnahme an Wahlen redu-

ziert. Während früher die Gewerkschaftshäuser politische Zentren waren, wurde es den Mitgliedern verboten in die Häuser zu kommen ohne dass sie von dem Gewerkschaftskomitee ihres Betriebes dazu autorisiert waren. Die Gewerkschaftsarbeit wurde nicht mehr öffentlich diskutiert. In der Folge konnte mehreren 100.000 neuen Mitglieder, die beim weiteren Industrienaufbau in die Städte strömten, weder politisches noch gewerkschaftliches Bewusstsein vermittelt werden.³⁾ Das war der Verzicht, die Arbeiter durch politische Überzeugung zu gewinnen. Zwar wurden den Kulturabteilungen der Gewerkschaften mobilisierende Aufgaben gestellt, jedoch fanden diese kein Interesse bei den Mitgliedern.

Alle Kräfte, die einen eigenständigen ungarischen Weg anstrebten, wurden ausgeschaltet. László Rajk, zunächst Innen-, dann Außenminister, der in Spanien und dann in Ungarn im Untergrund gegen die Faschisten gekämpft hatte, wurde auf Veranlassung Moskaus als Titoist hingerichtet.

Zum erstenmal seit 1948, als die Jugoslawen ihren eigenen Weg zum Sozialismus gegen die Russen erfolgreich verteidigten, traten 1953 in der DDR und 1956 in Polen und Ungarn Kräfte auf, Arbeiter und Intellektuelle, die sich gegen die russische Bevormundung auflehnten und massiv einen selbstbestimmten Weg in der gesellschaftlichen Entwicklung einforderten.

Ein selbstbestimmter Weg entsprach nicht den Vorstellungen der Führung der Sowjetunion. In ihrer eigenen Entwicklung von den Arbeiterklassen der entwickelten kapitalistischen Länder alleine gelassen und dem Druck des Imperialismus ausgesetzt, verkümmerte die Selbstständigkeit und Selbstbestimmung der arbeitenden Bevölkerung in der Sowjetunion. Die Führung der SU konnte deshalb kein Verständnis für eigene Wege der Arbeiterklassen anderer Länder aufbringen. Ihr Denken und Handeln wurde bestimmt durch die militärische Sicherheit gegenüber dem Imperialismus, nicht durch das politische Gewinnen der Arbeiterklassen anderer Länder.

Sie ließ deshalb 1956 nicht zu, dass der Budapester Arbeiterrat vor ihm stehende Aufgaben angehen konnte. Auch noch in der Zeit nach dem Aufstand im Oktober/November spielten die Arbeiterräte in den verschiedenen Städten, vor allem der Budapester Arbeiterrat eine Rolle als Organisator der Arbeiterklasse. Der Rat musste Kompromisse eingehen, konnte jedoch noch bis Mitte 1957 eine Rolle spielen. Spätestens seit Sommer 1957 waren die Räte kaltgestellt.

Was die Sowjetarmee den Völkern Osteuropas mit ihrem Sieg über den deutschen Nationalsozialismus gegeben hatte, war grundsätzlich nur zu verteidigen, wenn die Arbeiterklassen ihr Land, ihre Produktion selber verwalteten und sich damit aneigneten. Nur solch ein Schritt ermöglicht, das zu lernen, was man noch nicht kann. Praktisch hätte das bedeutet, einen Weg zu finden, wie die zur Leitung der Betriebe erforderlichen Fachleute von den Arbeitern so kontrolliert werden konnten, dass ein Höchstmaß an Nutzen erreicht wurde, ohne die Leistungen der wissenschaftlichen, technischen und kaufmännischen Fachkräfte zu hemmen. Im Kampf um die Aneignung kann sich die Fähigkeit zur Verteidigung herausbilden. Es ist hier natürlich zu bedenken, dass die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Länder einem unerhört starken Druck der USA und ihrer Verbündeten ausgesetzt waren. Die Westmächte führten einen Kampf zur Wiederherstellung des Rechts der freien Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Die ungarische Arbeiterklasse hat sich nicht gegen die Russen durchsetzen können. Ihre Initiativkraft wurde abgeblockt. Ihre nationalen Gefühle wurden verletzt. Dass die russische Führung nichts dazulernte, demonstrierte Chruschtschow, als er 1964 bei einem Besuch in Ungarn den

Ungarische Lehrgewerkschaft protestiert gegen die Verkirchlichung der Schulen

Ein Passus im neuen Gesetz über die **Kompetenzen der lokalen Selbstverwaltungen** in Ungarn, das am 8. Juni mit der Zweidrittelmehrheit der Regierungspartei Fidesz durchs Parlament gewunken wurde, bringt jetzt eine Lehrgewerkschaft auf die Barrikaden, genauer gesagt vor den Obersten Gerichtshof.

Die Gewerkschaft PSZ will sich nicht mit der Bestimmung abfinden, wonach kommunale Verwaltungen, also z.B. Gemeinde- bzw. Stadträte, die Träger-schaft bisher staatlicher bzw. kommunaler Schulen in die Hände von Religionsgemeinschaften wie Kirchen übergeben können. Dies verstoße, so die Lehrgewerkschaft gegen das Recht von Eltern und Schülern, eine Schule ohne ideologische Zwänge besuchen zu dürfen. Dies wird vor allem in solchen Orten zu einem Problem, in der es überhaupt nur eine Schule und damit keine Alternativen gibt.

Abgesehen von der ideologischen Vereinnahmung sieht die Gewerkschaft auch Probleme beim arbeitsrechtlichen Status der Lehrer, die dann von den Kirchen übernommen werden, wenn sie überhaupt übernommen werden. Die Gewerkschaft kritisierte, dass Staatspräsident Sólyom das Gesetz, das übrigens von der fundamental-christlichen Partnerpartei des Fidesz, KDNP, eingebracht wurde, unterzeichnet hat, trotz der schwerwiegenden Einwände der Lehrer

(Pester Lloyd, 17.6.2010) ■

Kampf für besseres Gulasch als Hauptaufgabe der kommunistischen Weltbewegung bezeichnete. Stärker kann man auch die russische Oktoberrevolution nicht diskreditieren.

Die Führung der ungarischen Arbeiterpartei setzte nach 1956 alles daran, die Bevölkerung materiell einigermaßen zufrieden zu stellen, um so einem erneuten Aufstand entgegenzuwirken. Und die arbeitende Bevölkerung fand sich damit ab, dass stellvertretend für sie alles geregelt wurde, für sie gesorgt wurde, ihr Eingreifen nicht gefragt war. Die Menschen richteten sich in ihrem Privatleben ein. Im Westen wurde Ungarn bald als die »lustigsten Baracke des Ostblocks« bezeichnet.

Auf diesem Hintergrund war die ungarische Arbeiterklasse 1989/90 auch nicht in der Lage, politische Initiative zu entwickeln und das Volkseigentum, die Produktionsmittel, zu verteidigen. Festgesetzt hatte sich das Bild von einem Versorgungsstaat, wo alles klar geregelt und für jeden gesorgt war, dessen Wirtschaft und Politik ohne Eigeninitiative der arbeitenden Menschen, ohne Eingreifen bzw. Kontrolle der Arbeiterklasse, funktioniert.

Heute ist die Arbeiterklasse passiv, lethargisch, desorientiert und perspektivlos. Sie kann weder der verloddernten Führung der Ungarischen Sozialistischen Partei noch der extremen Rechten etwas entgegensetzen. Es fehlt ihr noch an einem Verständnis der historischen Bedingtheit ihrer Lage; eine Änderung durch solidarische Organisation und Aktionen entspricht nicht ihren derzeitigen Erfahrungen.

Doch die Fortsetzung der neoliberalen Politik durch die neue Regierung Orban, bei der Spitzenverdiener und Unternehmer mit Steuergeschenken bedacht werden, wird die Frage nach Organisation um die eigenen Interessen in Teilen der lohnabhängigen Bevölkerung deutlicher werden lassen. ■